

Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährlich 1.50 M. **Einzelnummer** 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4gespaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 15. | **Berlin, 13. April 1934.** | **15. Jahrg.**

Der neue Weg.

Die neue Volksgruppenpolitik des Nationalsozialismus und der zehnjährige deutsch-polnische Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag sind Dinge, die für die meisten Menschen schwerverständlich sind. Sie stehen in klarem Gegensatz zum Vorkriegsdenken, das imperialistisch und nationalstaatlich war, und damit ebenfalls zum Denken der uns umgebenden Völker, die mit diesem für uns veralteten Gedankengut noch nicht gebrochen haben. Die Republik hat nach 1918 versucht, mit dem Imperialismus zu brechen, ohne ein neues Prinzip an seine Stelle zu setzen; denn der Imperialismus der Anderen ließ sich bestimmt nicht dadurch abbauen, daß man wie Erzberger der Ansicht war, man müsse den Anderen immer noch mehr geben, um sie zu beruhigen. Die preußische Minderheitenschulverordnung war ein Tasten in einer neuen Richtung, ein Versuch. Aber er mußte ein Stückwerk bleiben, denn er war aufgebaut auf liberalen Grundsätzen. Wir achteten damals den Nationalismus der Anderen nicht, aber wir hinderten auch seine Entwicklung nicht, damit unsere Brüder draußen bessere Lebensbedingungen finden —, also die Politik des do ut des. Man könnte uns aus derselben Denkweise heraus entgegnen, es ist für euch, die ihr ja wenig fremde Volksgruppen habt, leicht, eine solche Politik zu machen, wo 30 Millionen Deutsche jenseits der Grenze leben, für die ihr dann gleiche Forderungen erhebt. Wir kamen damit nicht los vom westlichen Gedankengut, das so großes Unglück über uns und ganz Ost- und Mitteleuropa gebracht hat. Es mußte etwas völlig Neues vertreten werden, das nicht nur auf staatlichen Maßnahmen, sondern das auf der inneren Haltung und Wertung des Einzelnen, der Gemeinschaft wie des gesamten Volkes aufbaut. Dieses Neue hat der Führer in seiner Reichstagsrede vom 17. Mai ausgesprochen. Es handelt sich bei diesem Prinzip um eine *Gleichberechtigung auf gleicher Achtung, nicht nur auf gleichem Recht.* Weder Minderwertigkeiten noch Überwertigkeit (denn was können andere für ihre kulturelle Unterlegenheit!) spielen dabei eine Rolle.

Um dieses nationalsozialistische Prinzip wirklich darstellen zu können, müssen wir in der Geschichte zurückgehen und *die drei Arten der Nationalitätenbehandlung: die liberalistische, die faschistische und die kommunistische;* oder sagen wir ruhig: die französische, die italienische und die russische, *dem nationalsozialistischen Prinzip gegenüberstellen.*

Am ältesten ist das *liberale* Nationalitätenprinzip: Volk und Staat müssen eins sein. Wir haben im Westen überall klare Volksgrenzen und das Totalitätsprinzip des Staates leidet kein fremdes Volkstum in seinen Grenzen. Wir wissen, daß das französische Volk biologisch zu schwach ist, um in fremdem Volkstum zu siedeln. Um so stärker ist dank seiner Zivilisation *die Fähigkeit, fremdes Volkstum zu assimilieren.* Und diese Zivilisation, die im Volkstumskampf an sich immer eine Schwäche bildet, hat in der politique d'Allemagne Frankreich große Vorteile gebracht. Der Zwang, fremde Schulen zu besuchen, bildet allmählich aus den fremdvölkischen Kindern eine zweisprachige, national indifferente Zwischenschicht. Das Endergebnis ist die Entwurzelung des Volkstums. Nur die Freiheit der Person, die der Liberalismus an sich predigt, mildert die Schärfe dieses Kampfes etwas. Frankreich predigt *die Freiheit der kleinen Völker.* Diese Gedanken greifen allmählich in den Ostraum über und finden bei den Nationalitäten des Ostraumes ein williges Ohr. Österreich-Ungarn zerfällt. Der heldenmütige Kampf der Deutsch-Österreicher vermag nicht die Katastrophe der Habsburger Monarchie aufzuhalten. Rußland verliert seine Randgebiete. Die von Frankreich adoptierte Unterdrückungspolitik gegen die kleinen Völker hat sich für Rußland schwer gerächt. Europa wird „balkanisiert". So wie die kleinen Balkanstaaten vor dem Kriege Spielbälle in den Händen der Großmächte waren, so besteht diese Gefahr jetzt für die große Zahl der kleinen Staaten zwischen Deutschland und Rußland. Wir sehen am italienischen Vordringen im Südostraume oder an dem russischen Eingreifen in die innere Politik Estlands in letzter Zeit, welche Gefahr die Politik der kleinen Staaten für die Befriedung des europäischen Raumes mit sich bringt. Die Einflußzonen der Großmächte, die sich früher auf fremden Kontinenten trafen, bilden sich jetzt auf dem Gebiete Europas. In kleinen Staaten, die an sich nicht mehr als ihre Selbständigkeit und Freiheit wünschen, bilden sich Interessengruppen, und das Leihkapital spielt eine ungeheure politische Rolle.

Rußland findet zuerst als Viel-Völker-Staat, geboren aus der Not, einen nach außen bewußt anti-imperialistischen Ausweg, der aber doch mit dem bestehenden Prinzip des Nationalstaates im Gedankengut und auch in der Wirkung viele gemeinsame Wurzeln hat. Gewiß hatte Rußland aus propagandistischen Gründen alles Interesse daran, Lesen und Schreiben zu verbreiten und das Analphabetentum zu bekämpfen. Nur so konnte der Kommunismus schnell und sicher verbreitet werden. Aber Kirche, Familie, kurz alles, was wir zum Inbegriff des Volkstums rechnen, wird ausgerottet, und die Sprache ist kein oder nur ein sehr bedingtes Merkmal des Volkstums. *Der Sowjet-Nationalismus oder National-Kommunismus vernichtet trotz aller Autonomieversprechungen das Volkstum.* Darin hat er mit dem liberalen Prinzip viele gemeinsame Wesenszüge.

Der italienische Faschismus unterscheidet sich wenig von der liberalen Volksgruppenbehandlung. Jedenfalls hat der Faschismus durchaus keine neuen Wege auf diesem Gebiet gefunden. Man wird sogar sagen können, daß die Assimilation fremder Volksgruppen noch schärfer als in Frankreich durchgeführt wird. Die *Totalität des Staates* beschränkt noch mehr die Rechte des Individuums als in Frankreich. Werden Österreich und Ungarn von diesen faschistischen Ideen erfaßt, so ist es um eine endgültige übernationale Neuordnung des Donauraumes geschehen.

Es ist für die Neuordnung Europas von entscheidender Bedeutung, wer in dem großen geistigen Ringen zwischen Liberalismus, Faschismus und Nationalsozialismus in der Volksgruppenbehandlung die Oberhand behält. Westen und Osten sind eben grundsätzlich verschieden. In dem Raum zwischen deutscher und russischer Grenze leben 90 Millionen Menschen, nur 60 Millionen sind Angehörige der Staatsvölker, 30 Millionen Angehörige fremder Volksgruppen, oder wie man in der Sprache des Liberalismus so gerne sagt: „Minderheiten". 30 Millionen Menschen sind Staatsbürger zweiten Ranges. Staat steht gegen Volk. Der Staat ist nicht mehr Lebensform mehrerer Völker, sondern Mittel zur Bevorzugung eines und zur Entvolklichung aller anderen auf dem Staatsgebiete wohnenden Völker. Man verlangt unbedingten Gehorsam von Menschen, die die politische Idee, auf die sich der neue Staat aufbaut, innerlich nicht anerkennen können. Der Staat wird zum Machtmittel in der Hand eines *zufällig* zahlenmäßig überlegenen Volkes. Die Menschen, die loyale Staatsbürger sind, aber ihr Volkstum pflegen wollen, werden vom Staat bekämpft. Sie werden aus der Verwaltung ausgeschlossen; der Kredit wird ihnen von den staatlichen Banken gesperrt. Der Boden wird ihnen durch Agrarreformen genommen.

Schulen und Kindergärten werden durch wirtschaftlichen Druck auf die Eltern lahmgelegt. Der *Volkstumskampf* ist unter dem Deckmantel des Friedens nichts anderes als die *Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.* Nicht mit Gas, Granaten und Maschinengewehren, sondern ein Kampf um Haus, Hof, um die Schule und um die Seele der Kinder, ein Kampf, der solange fortdauern wird, solange das wahnsinnige Prinzip des Nationalstaates den Ostraum beherrscht; ein Kampf, der sich auf Generationen hinzieht mit dem einzigen Ziel: Ausrottung! Ganz Osteuropa ist unruhig. Tausende schmachten in Gefängnissen und Zuchthäusern infolge mangelnder nationaler Zuverlässigkeit, nur weil sie sich dagegen wehren, Zweitrangige zu sein, weil sie nicht das Glück haben, in einem eigenen Staate zu wohnen. Kampf ohne Ende. *Mißtrauen, Angst, Minderwertigkeitsgefühle beherrschen Osteuropa.* Je kleiner das Volk, und ist es noch so tüchtig, um so größer die Angst um den eigenen Staat, um so größer das Minderwertigkeitsgefühl. Kampf aller gegen alle. Furcht aller vor allen. ⅓ aller Bewohner unschuldig entrechtet und verfolgt. Das ist das Erbe des Liberalismus in Osteuropa, das kleine entwurzelte Bürgerschichten als die Nutznießer dieses Systems verzweifelt zu verteidigen suchen. Räumliche Einheiten werden immer mehr zerfetzt und atomisiert, während sich andere Gebiete in Großräume zusammenschließen und sich zu Großmachtsgebilden entwickeln.

Die Demokratie hat im Osten jede Wertung des Menschen nach Leistung vernichtet. Die Zahl entscheidet. Dem Prozentsatz einer Bevölkerung muß auch der Anteil am Einfluß angeglichen werden. Davon werden die Polen in den Ostgebieten genau so betroffen wie die Deutschen im Baltikum. Durch die Demokratie wird die kulturelle Überlegenheit einer Volksgruppe in einem fremdvölkischen Nationalstaat zur Unterlegenheit. Wir beobachten von Osten nach Westen ein Geburtengefälle, das erleichtert, von Osten nach Westen vorzudringen, nicht aber umgekehrt. Dieses Gefälle gilt für den ganzen Raum vom Atlantik bis zum Pazifik. Kultur und Zivilisation sind nicht dasselbe. Kultur ist Bodennähe, ist Bodenverbundenheit; Zivilisation ist das wurzellose, das gelöste. Wir sind gewohnt, Kultur nach der Bildung, nach Analphabeten oder Schulleistungen zu messen; auch der Lebensstand wird als Maßstab bewertet. Bildung kann, wenn sie bodenständig und gebunden ist, Kultur sein, aber nur dann. Der Kampf des Staates gegen die fremden Volksgruppen hat ungeheure kulturelle Werte vernichtet. Die weltanschauliche und kulturelle Differenzierung wurde im Ostraum — zur Freude Sowjetrußlands — immer geringer. Keine anregende gegenseitige Befruchtung der Volksgruppen, kein kultureller Ansporn. Osteuropa geht einen gefährlichen Weg.

Die Nationalstaatsidee hat auch in Deutschland und Preußen Eingang gefunden. Preußen ist an seinen Osträndern ein Nationalitätenstaat gewesen. *Preußen* hat nie seine fremden Volksgruppen unterdrückt und *ist erst unter dem Einfluß der westlichen Idee in seiner Volksgruppenpolitik unsicher geworden.* Die Angehörigen der sogenannten „fremden" Volksgruppen waren gute und ergebene Staatsbürger; sie waren eben in erster Linie Preußen, und wenn die preußischen Könige an ihre Untertanen schreiben konnten: an meine Polen, an meine Kaschuben, an meine Litauer, so war zwar Preußen nach bestehenden Begriffen ein Nationalitätenstaat, aber ohne das Ideengut des Liberalismus wäre in Preußen dieser Begriff mit seinen ganzen unseligen Folgerungen unmöglich gewesen. Wir dachten staatlich. Wir kannten keine großdeutsche Volksgemeinschaft der hundert Millionen. Wir sahen in jedem Deutschen, der mit einem fremden Paß über die Grenze kam, mochte er noch ein so gutes deutsches Herz und eine deutsche Gesinnung haben, eben den „Ausländer". Daher ist es ja heute auch so unendlich schwer, die enge Verbindung von Heimat und Front, also von Heimat und Auslanddeutschen herzustellen, die unbedingt notwendig ist, um die 30 Millionen da draußen, die mehr oder weniger hart um ihre Existenz ringen, zu stützen. Wenn nicht das ganze Volk dieses Ringen versteht, — kein Wunder, wenn die Front abbröckelt, wenn die „volksdeutsche Fahnenflucht" einsetzt, über die sich nur der in der Heimat beklagen darf, der sich des Vorrechtes, in einem eigenen Staate zu leben, bewußt ist und alles tut, um dem Auslanddeutschen geistig und materiell das Rückgrat zu stärken. Wer heute im Sinne des Völkerbundes Volksgruppen betreuen will, leistet eine vergebliche Arbeit. Denn diese Betreuung bedeutet nichts anderes, als daß man eine Entnationalisierung, eine Assimilierung möglichst schmerzlos sich vollziehen läßt. *Wir können nicht unser Auslanddeutschtum zu erhalten suchen, ohne diesem Auslanddeutschtum einen Sinn und eine Sendung zu geben.* Sonst muß das Endergebnis sein, daß es doch allmählich untergeht und fremder Kulturdünger wird. Zu der Minderheiten-Ideologie eines Herrn Mello Franco oder eines Herrn Chamberlain sagen aber nicht nur die deutschen Volksgenossen nein, sondern die 30 Millionen im Ostraum, die im fremden Staate leben. Sie sagen nein und abermals nein zu allen Plänen, die im Endergebnis doch ihre Unterdrückung zum Ziele haben. *Man hat den Osten vom Westen aus vergewaltigt. Man hat den Ostvölkern ihre Eigenständigkeit genommen.* Man wundert sich, wenn sie an einer fremden Kost zu Grunde gehen.

In dem großen Kampf gegen den Westen hat das nationalsozialistische Deutschland die Führung übernommen. Wir haben dem Genfer Imperialismus Kampf angesagt. Wir haben durch die Vernichtung der Roten Armee in Deutschland auch das westliche Gedankengut im Kommunismus schwer getroffen. Nicht der einzelne Mensch steht im Mittelpunkt, sondern die Gruppe, die Gemeinschaft. Wir haben uns durch das Erbhofgesetz gegen die Versandung Europas gewehrt, und es gehört durchaus in die große gewaltige Auseinadersetzung mit dem Westen, wenn *der Führer* in seiner Reichstagsrede vom 17. Mai sinngemäß sagt: Wir sind Nationalisten, und wir erkennen jeden fremden Nationalismus an; wir werden nicht germanisieren, wir werden jedem fremden Volkstum volles Recht geben, sich zu entwickeln; nicht, wie es der liberale Staat tat, damit es unsern Brüdern drüben besser geht, sondern aus Achtung vor jedem verwurzelten bodenverbundenen Volkstum. Es müßte ein Ausdruck von Minderwertigkeit sein, eine Herabsetzung unseres eigenen Volkstums, wenn wir die fremden Volksgrupen in der Entwicklung ihres freien Volkstums beschränken wollten. Wir können sie zwar nicht daran hindern, sich eine andere Kultur zu wählen, aber weder Staat noch Volk werden der freien Entwicklung des Volkstums der fremden Volksgruppen im deutschen Raume Schwierigkeiten bereiten. Wir haben es nicht nötig, andere herabzusetzen, sondern wir pflegen unser eigenes Volkstum und werden darauf achten, daß dieses Volkstum keinen Schaden erleidet.

In einem Punkt allerdings sind wir empfindlich: *Den Seelenfang mit wirtschaftlichen Mitteln bekämpfen wir auf das schärfste*; er hat mit Achtung vor dem Volkstum nichts mehr zu tun. Um ein Volkstum, das sich wirtschaftlicher Mittel zur Ausbreitung seiner Kultur bedienen muß, das Zuckerbrot und Peitsche anwendet, um sich auszubreiten, muß es schlecht bestellt sein. So wie wir keiner fremden Kultur unsere innere Achtung versagen, so hassen wir solche Methoden. Sie sind liberal, sie appellieren an den Materialismus, sie wollen sich die Not zu Nutze machen.

Was bedeutet die neue Lehre?

Es hat Jahrzehnte gedauert, bis das Gedankengut des Liberalismus die übernationalen Staatsgebilde des Ostens, vor allem Österreich-Ungarn und Rußland aufgelöst und zertrümmert hat. *Es wird Jahrzehnte dauern, bis das erlösende Prinzip der gegenseitigen Anerkennung der völligen auf Achtung beruhenden Gleichberechtigung der fremden Volksgruppen sich durchsetzt.* Es ist die Rettung für Osteuropa. Wir müssen warten. Wir müssen Zeit haben. Wir können nicht auf Augenblickserfolge ausgehen, denn wir kämpfen für ein Prinzip, das sich heute eigentlich mit der gesamten Welt im Gegensatz befindet. Im Gegensatz zum Bauerntum bekämpfen alle liberalistischen Bürgerschichten des Ostens dieses Prinzip. Auch der Kommunismus bekämpft es. Er hat die enge Verbindung zum Liberalismus dadurch bewiesen, daß er an einer Stabilisierung der Demokratie in den Randstaaten interessiert ist. *Deutschland und Polen* haben einen zehnjährigen Freundschafts- und Nichtangriffspakt geschlossen. Die Schwierigkeit dieses Vertrages besteht darin, daß die beiden Völker einem verschiedenen Prinzip huldigen, daß Polen bisher den Nationalstaat durchzusetzen suchte, während wir uns schon von diesem Prinzip abgewandt haben. Deutsche und Polen können zusammen leben, wenn Polen es anerkennt, daß es ein gemischtvölkisches Gebiet geben kann, daß man dem fremden Volkstum alle Freiheiten gibt.

Ist nicht der bodengebundene Bauer geeigneter für den Volkstumskampf als der entwurzelte Literat? Kultur ist Bodenständigkeit, ist Bodennähe. Und jede echte Kultur ist im Volkstumskampfe der Zivilisation überlegen. Daraus ergibt sich für die deutsche Position im Osten sehr Vieles, worin wir umlernen können und müssen. Ein neues Prinzip wird nur vertreten von Menschen, die bereit sind, sich bis zum letzten für eine neue Idee einzusetzen und zu kämpfen. Was der Führer gesagt hat, ist ein Friedensangebot, ein Friedensangebot, wie man es nur aussprechen kann, wenn das Volk bereit ist, sein Volkstum zu erhalten. Mit Liberalen und Renegaten kann man kein neues Prinzip vertreten, sondern nur mit Menschen, die bereit sind, bis sich einmal das neue Gedankengut durchsetzt, dem alten liberalen Prinzip zu widerstehen. Es kann hier nicht eingegangen werden auf die notwendige Umwandlung der sozialen Struktur unseres Auslanddeutschtums. Volkstumskampf wird nie vom Staate aus geführt. Weicht der Staat zurück, so muß das Volk kämpfen, und dann kämpfen nicht die Beamten, sondern die freien Berufe, die Bauern, die Handwerker, die bodenständigen Menschen. Das andere geht verloren. Ein großer Teil des deutschen Volkes denkt noch in alten Begriffen. Das deutsche Volk will eine neue Volksgruppenpolitik. Deutschland will den Frieden. Aber Staatspolitik und Volkstumspolitik sind nicht dasselbe. Wenn das neue Prinzip zu unseren Lasten gehen und uns schädigen würde, so beweisen wir ja selbst, daß dieses neue Prinzip nicht anwendbar ist. Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß die ganze neue Volksgruppenpolitik Deutschlands davon abhängt, wie sie sich im Inneren Deutschlands auswirkt. Wir wollen keine negative, sondern eine positive Volksgruppenpolitik treiben. Gebt den anderen jede Freiheit, aber entwickelt euer Volkstum so, daß es euch nichts kostet. Dann erreichen wir den ehrlichen Wettkampf in der kulturellen Entwicklung, bei dem dem Worte Kampf jede Schärfe und alles das Verhältnis zweier Völker Vergiftende genommen ist.

Unser neues Prinzip soll nicht nur für Deutschland, sondern für den gesamten osteuropäischen Raum Geltung haben. Es ist unsere Pflicht, das Vertrauen zu erfüllen, das das neue Prinzip von einem jeden Deutschen im Grenzlande verlangt; denn unsere politische Haltung verlangt eine Aktivierung der positiven Volkstumsarbeit.

Prof. Dr. *Oberländer*-Königsberg Pr.

Was wird aus Litauen?

Gegen den Willen seiner Regierung ist Litauen in letzter Zeit stärker in den Vordergrund des europäischen Interesses gerückt und zum Gegenstand eines sich im Verborgenen abspielenden Machtkampfes geworden. Die litauische Regierung selber spielt in diesem Kampfe, wie es scheint, eine ziemlich untergeordnete Rolle. Die aktiv Beteiligten dagegen sind Polen und Rußland, dann Frankreich und Schweden. *Stockholm* ist durch die Entwicklung, die die baltischen Dinge während der letzten Wochen genommen haben, beunruhigt; es liegt nicht in seinem Interesse, daß die baltische Gegenküste allzu sehr unter russischen oder polnischen Einfluß gelangt. Trotzdem eine politische Einmischung Schwedens in die Angelegenheiten der kleinen Randstaaten vom Stockholmer Reichstage vor kurzem erst ausdrücklich abgelehnt wurde, kann man doch annehmen, daß der bevorstehende *Besuch des schwedischen Außenministers Sandler in Riga und Kauen* nicht allein der Förderung der schwedischen Schiffahrtsinteressen in den baltischen Häfen, vor allem in Memel, dienen wird, sondern daß Sandler dabei auch die Absicht verfolgt, die Selbständigkeit der Randstaaten gegenüber Rußland und Polen nach Möglichkeit durch die schon oft vergeblich versuchte Bildung eines baltischen Blockes zu sichern. Auch der *französische Außenminister* wird sich bei seinem Besuch in Warschau wohl der litauischen Frage annehmen und im polnisch-litauischen Konflikt seine „guten Dienste" anbieten; und er wird, da ihm zur Zeit vor allem daran gelegen ist, das widerspenstige Polen wieder in das französische Kontinentalsystem einzuordnen, vermutlich bereit sein, den Warschauer Wünschen hinsichtlich Litauens in weitgehendem Maße entgegenzukommen. Zu diesem Zwecke hat sich Barthou vor kurzem gelegentlich seines Besuches beim belgischen Außenminister *Hymans*, der bekanntlich schon 1921 in der Wilnafrage eine maßgebliche Rolle gespielt hat, die notwendigen Informationen geholt, die sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf der Linie einer Union zwischen Litauen und Polen bewegen.

Die eigentliche Initiative in der litauischen Frage liegt gegenwärtig bei Polen. Dabei hat Warschau freilich mit *Moskau* als einem nicht minder aktiven und geschickten *Gegenspieler* zu rechnen, der erst jetzt wieder sein Interesse an der Randstaatenfrage durch die Verlängerung der Nichtangriffspakte um zehn Jahre sowie durch die Antirevisionserklärung Litwinows gebührend betont hat. Im Wettbewerb mit Rußland erweitert sich das litauische Problem notwendigerweise zu einer gesamtbaltischen Frage. Man kann wohl sagen, *daß Estland heute schon zur sowjetrussischen Interessensphäre gehört.* Wie sehr dieser Staat nicht allein seine außenpolitische, sondern auch schon seine innenpolitische Handlungsfreiheit gegenüber dem russischen Nachbarn verloren hat, läßt der *Kampf der Diktatur Päts-Laidoner gegen die estnischen Freiheitskämpfer* erkennen, der ganz offenbar unter dem drohenden Drucke Moskaus eingeleitet wurde und durchgeführt wird. Das Verhältnis Estlands zur Sowjetunion weist eine weitgehende Ähnlichkeit mit dem Verhältnis Österreichs zu Italien auf. Es ist möglich, daß der stille Wettkampf zwischen Polen und Rußland um die Vormacht im baltischen Raum mit einem Kompromiß abschließen wird, der *das Gebiet der drei Randstaaten in eine polnische und eine russische Interessensphäre aufteilen*, d. h. Litauen und wohl auch das südliche Lettland der polnischen Sphäre zuteilen würde. In dieser Richtung scheint die gegenwärtige Entwicklung zu gehen. Die drei kleinen Staaten würden — selbst bei formeller Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit — ihre wirtschaftliche und politische Handlungsfreiheit, zum Teil auch ihre kulturelle Selbständigkeit in zunehmendem Maße an die beiden großen slawischen Nachbarn verlieren. Für eine Förderung der *deutschen Interessen* in den baltischen Ländern würden sich bei einem solchen Gang der Dinge schwer zu überwindende, bleibende Schwierigkeiten ergeben.

Daß Polen seinem litauischen Nachbarn gegenüber eine derartige Bevormundung anstrebt, unterliegt keinem Zweifel. Trotz aller Dementis vollzieht sich, im wesentlichen unter Ausschluß der Öffentlichkeit, eine Annäherung zwischen den beiden benachbarten Ländern. Und trotz der immer wieder auftretenden Schwierigkeiten und Hemmungen, die der litauische Partner bereitet, gewinnt Polen in dieser Frage langsam aber sicher an Boden. Professor Krzyzanowski hat zwar im „Kurjer Wilenski" mitteilen lassen, daß er seine vom Marschall genehmigte Reise nach Kauen wegen der von litauischer Seite gegen ihn gerichteten Angriffe nicht antreten werde; an seiner Stelle sind jedoch, wie es heißt, einige andere polnische Politiker nach Litauen gereist. Auch ist Graf Subow, der schon vor einiger Zeit einmal mit Pilsudski und anderen hochgestellten Persönlichkeiten verhandelt hatte, nach einer eingehenden Rücksprache mit dem litauischen Staatspräsidenten während der Ostertage erneut in Warschau gewesen. In Polen geben sich gerade die der Regierung nahestehenden Kreise redliche Mühe, den Litauern goldene Brücken zu bauen. Es ist wohl kein Zufall, wenn die Privatsekretärin Pilsudskis, die Dichterin Kazemiera *Illakowczowna*, eben jetzt im „Kurjer Poranny" Gedichte erscheinen läßt, in denen sie die Vereinigung der polnischen und litauischen Brüder verlangt und zur Beilegung des Wilna-Streites aufruft. Es ist auch kein Zufall, wenn die dem amtlichen Polen nahestehende Zeitschrift „*Wiadomosci Literackie*" eben jetzt eine litauische Sondernummer herausgibt, in der sie die Kunst und Literatur Litauens behandelt, oder wenn sich eben jetzt in Warschau ein „*Litauischer Freundeskreis*" bildet, in dem sich polnische Journalisten zur Pflege der kulturellen Verbundenheit Polens und Litauens zusammengeschlossen haben. All das trägt vielleicht keinen ausgesprochen offiziellen Charakter; aber es ist doch klar, daß *nichts von alledem ohne Wissen und Zustimmung der amtlichen polnischen Kreise* geschieht. Und wenn die Reisen herüber und hinüber noch so sehr „privaten" Charakter tragen, so hindert es doch nicht, daß eben diese „Privatleute" mit den führenden Politikern des Landes, dem ihr Besuch gilt, eingehende politische Besprechungen pflegen. Polen ist in der litauischen Politik kaum jemals so aktiv gewesen wie jetzt; und seine Erfolgsaussichten sind wohl noch niemals so groß gewesen wie heute. Polen handelt gegenwärtig, anders als früher, nicht mehr als diplomatische Agentur des französischen Auswärtigen Amtes, sondern im eigenen Namen. Es steht, seitdem es mit Deutschland in normalen Beziehungen lebt, auf einer Plattform, die es als politischen Faktor von vornherein über seine kleineren Nachbarn erhebt. Und seine Politik wird heute von Männern geführt, die in weit stärkerem Maße als ihre Vorgänger von der Idee des historischen polnischen Reiches erfüllt sind. *Es scheint, daß die polnische Reichsidee, die bisher ein literarisches Dasein gefristet hat, jetzt, ohne daß große Worte darum gemacht werden, anfängt, praktische Gestalt zu gewinnen.* Hat Roman Dmowski, der schon in Versailles den Gedanken eines „antideutschen Mitteleuropa" verfochten hat und das auch heute noch tut, etwa so unrecht, wenn er in der „Gazeta Warszawska" mit Befriedigung feststellt, *daß Polen in seiner Politik ein großes Los nach dem anderen zieht* — während die Anderen die Zeche bezahlen?

Kauen beteiligt sich, wie gesagt, an der Politik, die gegenwärtig mit Litauen gemacht wird, weniger als selbsthandelnder Faktor, denn als ziemlich willenlose Figur. Seitdem Woldemaras verdrängt wurde, ist der litauischen Politik die große Linie verloren gegangen. Der Geschichtsprofessor Woldemaras hat als Vertreter eines Zweimillionenstaates immerhin doch europäisches Format bewiesen und mit einer oft verblüffenden Geschicklichkeit das ihm anvertraute schwächliche Staatsschiff durch die große Politik der europäischen Mächte hindurchzusteuern, manchmal auch hindurchzuschmuggeln verstanden. Die Männer aber, die heute in Kauen regieren, wissen nichts Besseres mit ihm zu tun, als ihn in die Verbannung zu schicken. In letzter Zeit, seitdem die Neuordnung der deutsch-polnischen Beziehungen sie vor eine völlig neue außenpolitische Lage gestellt hat, haben die maßgebenden Politiker in Kauen offenbar jede Richtung verloren. Deutschland hat ihnen doch ganz gewiß keinen Anlaß zu der Befürchtung gegeben, daß es etwa die Absicht habe, die staatliche oder völkische Selbständigkeit Litauens in Frage zu stellen. Wenn trotzdem diese Befürchtung vorhanden ist, so läßt sich das wohl einmal mit einer mangelhaften Kenntnis der deutschen Verhältnisse, vor allem aber mit einem bedauerlichen Minderwertigkeitsgefühl erklären, von dem sich auch manche führenden Leute in Litauen dem deutschen Nachbarn gegenüber nicht freizumachen vermögen. Sie haben das auf der Höhe seiner militärischen Macht stehende Deutschland erlebt, das während des Weltkrieges auf dem Boden des russischen Reiches einem halben Dutzend neuer Staaten zum Dasein verhalf; sie kennen zum Teil aus eigener Anschauung dieses Deutschland, das ihnen eine im Vergleich zu ihren heimischen Möglichkeiten fast unvorstellbare Schaffenskraft zu besitzen scheint. Die Vorstellung einer fast hoffnungsvollen Unterlegenheit hat sich seit dem Siege des Nationalsozialismus nur noch verstärkt, zumal sich über dessen Wesen und Ziel selbst in den höchsten litauischen Kreisen auch heute noch die sonderbarsten Ansichten behaupten. Das läßt diese Kreise bis zu einem gewissen Grade die Bedenken, die sie auch Polen gegenüber haben, vergessen. Polen, so scheint es, fühlen sie sich nicht oder doch nicht in demselben Maße unterlegen wie Deutschland. Vor Polen haben sie, wie es scheint, weniger Respekt und somit auch weniger Furcht. Ein Zusammengehen mit Polen mag ihnen daher auch weniger gefährlich vorkommen.

Die Litauer täten wohl gut daran, sich am benachbarten Polen ein Beispiel zu nehmen. Denn dieser hat in demselben Maße, in dem es seine von den nationaldemokratischen Kreisen früher geflissentlich gepflegte Angst vor Deutschland zu überwinden vermochte, an Macht und Ansehen gewonnen und sich in demselben Maße aus den entwürdigenden und gefährlich hemmenden Abhängigkeiten befreit. Die Litauer sollten sich einmal die Mühe machen, sich über die Einstellung der nationalsozialistischen Bewegung zum Volkstumsgedanken und über die grundsätzliche Haltung des Deutschen Reiches zur litauischen Eigenstaatlichkeit zu unterrichten. Sie würden dann sehen, daß das nationalsozialistische Deutschland nicht im entferntesten daran denkt, die völkische Art des Litauertums zu bedrohen; und sie würden sich wohl auch daran erinnern, daß es doch schließlich Deutschland war, dem das litauische Volk nicht nur zum guten Teil seine nationale Wiedergeburt, sondern auch sein staatliches Dasein verdankt. Sie würden erkennen, daß Deutschland sich immer als diejenige Großmacht erwiesen hat, die an der Existenz eines völkisch fest unterbauten litauischen Staates das stärkste Interesse an den Tag gelegt hat.

Dr. *Kredel*.

Danzig fordert Vertragserfüllung.

Die Rede, die der Danziger Senatspräsident Dr. Rauschning vor einiger Zeit anläßlich der Gründung der Danziger Gesellschaft zum Studium Polens hielt, hat in der polnischen Presse nur ein schwaches Echo gefunden. Ob die darin entwickelten Gedankengänge für die Polen etwa zu neuartig sind, um sich schon jetzt mit ihnen auseinandersetzen zu können, oder ob die Polen etwa in der Gesellschaft ein ihnen irgendwie feindliches Werkzeug vermuten, oder ob vielleicht eine gewisse Enttäuschung über die Selbständigkeit, mit der Danzig sich dem Studium Polens zuwendet, das Schweigen der polnischen Presse veranlaßt haben mag, das soll dahingestellt bleiben. Sicherlich ist die Rede, die Dr. Rauschning am 8. April über die wirtschaftliche und politische Lage Danzigs gehalten, eher geeignet, in Polen ein Echo zu wecken. Denn Dr. Rauschning hat in diesem Rechenschaftsbericht über das erste Jahr der nationalsozialistischen Regierung in Danzig mit aller Offenheit auch diejenigen Fragen erörtert, die bisher noch nicht haben gelöst werden können, weil Polen sich ihrer Lösung im Danziger Sinne immer noch widersetzt. In dieser Richtung führte Dr. Rauschning u. a. aus: „Die Abmachungen mit Polen vom August/September haben Danzig einen sichtbaren Erfolg gebracht. Sie sind in dem gleichen Maße aber auch für Polen von Nutzen gewesen. Ihre rechte Bedeutung werden sie erfahren, wenn der wirtschaftliche Ausgleich in den Fragen der Zollkontrolle und Verwaltung der Kontingente und des Warenverkehrs zu einer praktischen Lösung, die, wie ich zuversichtlich hoffe, in naher Aussicht steht, geführt hat. Diese Verhandlungen sind schwierig, und es galt, Verständnis für die besondere Lage Danzigs zu wecken. Es galt, vor allem auch Mißtrauen zu überwinden. Ein Ausgleich, der mit der unerträglichen Situation der Zollkontrolle ein Ende macht, wird, wenn er gelingt, für beide Staaten von unschätzbarer Bedeutung sein können. Glückt dieser Ausgleich nicht, so lassen die Verträge immerhin aber noch Lösungsmöglichkeiten offen, die Danzig eine größere wirtschaftspolitische Selbständigkeit geben würden. Der bisherige Schwebezustand ist jedenfalls nicht länger erträglich. Danzig wird dann vielleicht in der Gliederung und Verbindung seiner Wirtschaft neue Wege zu gehen versuchen. Auch solch ein neuer Weg kann und muß beschreitbar sein, ohne daß die erfreuliche stimmungsmäßige Besserung des Verhältnisses zu Polen eine Änderung erfährt. Es sei hier aber, um allen Mißverständnissen von vornherein zu begegnen, betont, daß Danzig nicht von sich aus, sondern nur in Notwehr seiner Lebensrechte den Weg einer Verselbständigung seiner Wirtschaft, anstatt einer Verflechtung mit der polnischen gehen würde. Es liegt nicht in der natürlichen Entwicklungslinie eines Gemeinwesens wie Danzig, nach einer irgendwie gearteten Autarkie zu streben." Der Danziger Senatspräsident hat also erneut der Überzeugung, daß Danzig und Polen wirtschaftlich zusammenarbeiten müssen, zugleich aber auch dem Willen, auf unveräußerlichen Rechten zu beharren, Ausdruck gegeben. „Es wäre ein Wahnsinn, zu denken", so schloß sich Gauleiter Albert Forster der Ansicht des Senatspräsidenten an, „daß das eine Politik der Verständigung wäre, wenn man die uns zustehenden Rechte vertragswidrig beschneidet." Danzig kann auch eigene Wege gehen...

*

„Polen hat die Danziger Kaufmannschaft enttäuscht." Wie sehr diese Feststellung das „Danziger Vorpostens" hinsichtlich der Entwicklung der Danzig-Gdingener Hafenfrage berechtigt ist, zeigen die Zahlen für den Hafenverkehr im vergangenen Monat. Im Dezember und Januar war eine Besserung des Danziger Hafenverkehrs zu verzeichnen, so daß man in Danzig schon zu hoffen begann, daß Polen mit dem Hafenabkommen wirklich Ernst machen und Danzig Gelegenheit geben werde, den Vorsprung Gdingens wieder aufzuholen. Es hat sich, wie man bald erkannte, bei der Steigerung des Danziger Warenumschlags in den beiden erwähnten Monaten jedoch nur um ein taktisches Manöver Polens gehandelt, das die Freie Stadt durch sein scheinbar bereitwilliges Entgegenkommen und seine scheinbar loyale Vertragserfüllung zu weiteren Zugeständnissen in anderen Fragen veranlassen wollte. Schon im Februar trat im Danziger Hafenverkehr ein neuer Rückschlag ein, der sich im März in verstärktem Maße fortsetzte. In diesem Monat sind über Gdingen 120 000 To. Güter mehr als über Danzig umgeschlagen worden. Der Gesamtumschlag (Bahnempfang und -versand) betrug in Danzig 443 919 und in Gdingen 562 753 To. Dadurch, so schreibt „Der Danziger Vorposten", ist eine Verkehrsangleichung über beide Häfen wieder in weite Ferne gerückt und die schon etwas beruhigte Atmosphäre von neuem aufgerührt. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Häfen am Ende eines Monats nicht mit gleicher Tonnenzahl abschließen können; denn einmal wird dieser, dann wieder jener eine höhere Tonnage aufweisen. Erringt aber ein Hafen mit einem Schlage einen Vorsprung von 120 000 To., so ist das nicht die Folge der besseren wirtschaftlichen Bedingungen, sondern lediglich die Folge einer gewaltsamen Politik".

Im einzelnen ist dazu folgendes zu sagen: der Anteil Danzigs am seewärtigen Gesamtverkehr Polens hat im Februar d. J. 48 v. H., im März nur noch 44,1 v. H. betragen. Gegenüber dem März vergangenen Jahres hat der Danziger Verkehr eine Zunahme von nur 22 000 To., der Gdingener Verkehr dagegen ein nicht weniger als 136 000 To. aufzuweisen. Der Verkehrszuwachs ist also fast ausschließlich dem polnischen Hafen zugute gekommen. Er hat eine Zunahme um 32 v. H., Danzig nur um 5,3 v. H. zu verzeichnen. Die Einfuhr über Danzig hat im März 16 196 To., über Gdingen 67 283 To. betragen. Im März letzten Jahres wurden über Danzig noch 30 000 To. eingeführt, über Gdingen 56 000 To. Damals betrug die Danziger Einfuhr noch reichlich die Hälfte derjenigen über Gdingen, heute beträgt sie nur noch ein knappes Viertel. Mehr als ⅘ der seewärtigen Einfuhr Polens sind im März d. J. über Gdingen gegangen.

Die Ausfuhr Danzigs hat im vergangenen Monat 427 723 To., diejenige Gdingens 495 470 To. betragen. Gegenüber dem Februar d. J. kann Danzig eine Zunahme um 25 000 To., Gdingen dagegen um 108 000 To. aufweisen. An der seewärtigen Ausfuhr Polens war Danzig im März 1933 noch mit 51,4 v. H. beteiligt; jetzt nur noch mit 46,3 v. H. Also auch hier eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre. Und dabei war das Jahr 1933 das schlechteste, das der Danziger Hafen seit 1926 erlebt hatte! Die Kohlenausfahr über Gdingen übertrifft heute diejenige über Danzig fast um das Doppelte. Im Vergleich zum entsprechenden Monat des Vorjahres ist der Kohlenexport über Danzig um 26 000 To. gesunken, über Gdingen aber um 121 000 To. gestiegen. Das liegt nicht an einer etwaigen Unfähigkeit Danzigs, den Verkehr zu bewältigen, sondern an einer zielbewußten Ablenkung des Verkehrs von Danzig, die Polen entgegen dem Hafenübereinkommen auch heute noch betreibt. „Wenn diese Bevorzugung Gdingens", heißt es im „Danziger Vorposten", „nun weiter anhält so ist der Sinn des Hafenübereinkommens illusorisch. Wir Danziger wollen die Verständigung mit Polen, aber eine Verständigung, in der auf polnischer Seite ebenso gerade und ehrlich gehandelt wird, wie es Danzig stets in geradezu selbstzerfleischender Aufrichtigkeit getan hat."

*

Wie Danzig seine in dem Abkommen mit Polen gegebenen Versprechen hält, dafür bietet die Eröffnung einer neuen privaten polnischen Mittelschule in Danzig ein lehrreiches Beispiel. Es ist die zweite derartige Schule im Freistaatsgebiet. Sie nimmt ihren Betrieb mit dem Beginn des neuen Schuljahres auf. Sie umfaßt sechs Klassen und steht den Schülern offen, die die 4., ausnahmsweise die 3. Volksschulklasse absolviert haben. Das Schulgeld beträgt 10 Gulden im Monat, mit angemessenen Ermäßigungen für Minderbemittelte. Die Eröffnung dieser Schule erfolgt auf Grund der Art. 10 und 13 des Danzig-polnischen Übereinkommens vom 5. August/18. September 1933 über die Behandlung polnischer Staatsangehöriger und anderer Personen polnischer Herkunft oder Sprache auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig. Der Artikel 10 besagt: „Die Personen polnischer Herkunft oder Sprache können auf ihre eigenen Kosten Privatschulen und Privaterziehungsanstalten jeder Art und jeden Grades einrichten, leiten, überwachen und unterhalten, sowie Privatunterricht geben, vorausgesetzt, daß die Privatschule nicht minderwertiger ist als die öffentliche Schule, was ihr Programm, ihre Organisation und die wissenschaftliche Bildung ihres Lehrpersonals betrifft, und daß sie nicht dazu beiträgt, eine Trennung zwischen den Schülern nach der Stellung der Eltern herbeizuführen. Diese Schulen können sowohl von Kindern Danziger Staatsangehöriger polnischer Herkunft oder Sprache als auch von den Kindern anderer Personen polnischer Herkunft oder Sprache besucht werden..." Der Artikel 13 lautet: „Wenn der Unterricht in den in Artikel 10 vorgesehenen Privatschulen mit polnischer Unterrichtssprache dem Unterricht in den öffentlichen Mittel- und höheren Schulen in der Freien Stadt Danzig entspricht, wird die Freie Stadt Danzig diesen Schulen die Rechte von gleichgearteten öffentlichen Schulen verleihen. („Staatliche Anerkennung.") Diese Rechte betreffen gleichfalls die von diesen ausgestellten Zeugnisse. Dem bereits in Danzig bestehenden polnischen Privatgymnasium werden die oben vorgesehenen öffentlichen Rechte ohne weitere Förmlichkeit zuerkannt. Der Senat behält sich das Recht vor, durch Vertreter die Prüfung und die Ausstellung der Zeugnisse zu überwachen".

*

In Danzig ist am 6. April die erste Nummer eines jüdischen Wochenblattes, „Danziger jüdische Stimme", erschienen, das es als seine Aufgabe bezeichnet, die jüdischen Interessen in Danzig zu verteidigen. Das Blatt veröffentlicht auf der ersten Seite seiner Einführungsnummer ein Bild des Marschalls Pilsudski, der wie (übrigens fälschlicherweise) betont wird, der Schöpfer der Verfassung sei, in der „die Gleichberechtigung der Juden mit allen anderen polnischen Staatsangehörigen nicht nur theoretisch, sondern auch in Wirklichkeit garantiert wird". Die polnischen Juden, heißt es weiter u. a., seien stolz darauf, einem Staate anzugehören, der von Josef Pilsudski wieder errichtet worden sei und der sich im historischen Kampf zwischen Barbarei und Zivilisation auf die Seite der Zivilisation gestellt habe. Man merkt die Absicht der Juden, sich der polnischen Hilfe gegen das deutsche Danzig zu bedienen und durch ihre Tätigkeit eine wirkliche Annäherung zwischen der Freien Stadt und Polen zu hintertreiben.

Polnische Industriepolitik.

Bei der Sanierung der Friedenshütte A. G. im Jahre 1932 war dem polnischen Staate ein Optionsrecht auf 52 v. H. des Aktienkapitals eingeräumt worden. Von diesem Recht will die polnische Regierung nunmehr Gebrauch machen. Das Aktienkapital beträgt 50 Mill. Zloty, der Anteil des polnischen Staates würde demnach 26 Mill. Zloty betragen. Die Friedenshütte A. G., der das Eisenhüttenwerk „Friedenshütte", die „Eminenz"-Grube sowie die Eisenerzgrube in Tarnowitz gehören, ist das zweitgrößte Unternehmen Ostoberschlesiens. Die Friedenshütte A. G. bildet mit der Ferrum A. G., der Ludwigshütte A. G., den Vereinigten Maschinenfabriken Zielinski und Fitzner-Gamper A. G., sowie der Babcock-Gampers A. G., die ein Gesamtkapital von 36 Mill. Zloty besitzen, einen Konzern, dem auch die Firmen „Gotobur" in Tarnowitz, W. Fitzner in Siemianowitz und Ruda Krajowa in Tschenstochau angehören, die alle entweder von der Friedenshütte selbst oder aber durch die Ferrum A. G. kontrolliert werden.

Wenn die polnische Regierung von ihrem Optionsrecht auf die Friedenshütte-Aktienmehrheit Gebrauch machen würde, würde sie also auch auf all' diese Firmen Einfluß gewinnen. Es wäre das erstemal, daß der polnische Staat Eigentumsrechte an einem industriellen Großunternehmen erwirbt. Wie man weiß, gehört die Verstaatlichung der Schwerindustrie zu den Forderungen, die von den Aufständischenverbänden und anderen dem Wojewoden Grazynski sehr nahestehenden Verbänden schon seit längerer Zeit, mit besonderem Nachdruck aber seit Anfang letzten Jahres erhoben werden. Es ist bekannt, daß von diesen Kreisen die Verstaatlichung vor allem deshalb gefordert wird, weil sie darin das beste Mittel zur restlosen Polonisierung der ostoberschlesischen Industrie erblicken.

Die geplante Verstaatlichung der Friedenshütte ist nur ein Schritt auf einem Wege, den Polen schon seit langem zu gehen versucht. Grundsätzlich ist man in Warschau der Ansicht, daß die erstrebte politische Bewegungsfreiheit für Polen erst dann endgültig gesichert sein wird, wenn es auch auf wirtschaftlichem Gebiete volle Unabhängigkeit erlangt haben wird. Nun befindet sich Polen aber in der mißlichen Lage, ausländisches Kapital in keiner Form entbehren zu können. Daß Polen es sich gar nicht leisten kann, das Auslandskapital einfach aus dem Lande zu drängen, geht schon allein aus der Feststellung hervor, daß ein ganz erheblicher Teil des in den polnischen Aktiengesellschaften investierten Kapitals aus dem Auslande stammt. Die Warschauer Zentralstellen sind zur Zeit dabei, den Stand der Kapitalsüberfremdung Polens genau zu untersuchen, um der Regierung die notwendigen Unterlagen für ihr weiteres Vorgehen in dieser Angelegenheit zu liefern. Nach einer Aufstellung des Statistischen Hauptamtes in Warschau, ergänzt durch eine Statistik der Industrie- und Handelskammern, betrug die Zahl der in Polen Ende 1933 eingetragenen Aktiengesellschaften 1414 mit einem Gesamtkapital von 3,5 Milliarden Zloty. Davon entfielen auf das Auslandskapital über 1,6 Milliarden Zloty; das sind rund 47 v. H. Das Auslandskapital ist vor allem im Bergbau, in der Erdöl-, Elektrizitäts- und Hütteninindustrie engagiert, und zwar mit etwa 70 v. H. des in diesen Zweigen überhaupt tätigen Kapitals. Auch in der chemischen, graphischen, elektrotechnischen, Leder-, Metall-, Textil-, Holz- und Zuckerindustrie sind die Anteile des Auslandskapitals ganz beträchtlich. Bemerkenswert ist, daß der Auslandsanteil im Laufe der letzten Jahre gestiegen ist, daß die Auslandsbeteiligungen um so größer sind, je größer die Aktiengesellschaften sind, und daß die ausländischen Gesellschaften die Wirtschaftskrise im allgemeinen besser als die polnischen überstanden haben. Nach dem Stande vom 1. Januar 1934 waren 98,5 v. H. des Auslandskapitals in „gesunden" Gesellschaften engagiert. Nur 0,3 v. H. standen unter Geschäftsaufsicht; 0,3 v. H. gerieten in Konkurs und 0,9 v. H. befanden sich in Liquidation. Es ist bei dem Mangel Polens an Eigenkapital nicht recht klar, wie die polnische Regierung imstande sein soll, den im Falle der Friedenshütte eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Sie wird sich also wohl im wesentlichen darauf beschränken, wirkliche oder vermeintliche Mißbräuche, die sich das in Polen tätige Auslandskapital zuschulden kommen läßt, durch ihr geeignet erscheinende Maßnahmen zu verhindern.

In fast sämtlichen Werken der ostoberschlesischen Schwerindustrie sind zum 30. Juni d. J. umfangreiche Kündigungen von Beamten und Angestellten erfolgt. Zum überwiegenden Teil sind deutsche Volkstumsangehörige betroffen. Es sind auch solche deutsche Beamte gekündigt worden, die nicht nur Jahrzehnte lang ihre Stellungen innehatten, sondern auch die polnische Sprache einwandfrei beherrschen. So haben z. B. die Wirek- und Godulla-A. G. in Morgenroth über 100, die Giesche-A. G. 60 und die Hohenlohe-A. G. 35 deutschen Beamten das Dienstverhältnis zum 30. Juni 1934 aufgekündigt. Auch die Leitungen der zur Kattowitzer Interessengemeinschaft gehörenden Werke haben umfangreiche Kündigungen ausgesprochen. Infolge der Reorganisation bei der Interessengemeinschaft sind außerdem bereits 60 deutsche Beamte mit dem 31. März aus den Diensten der Gesellschaft ausgeschieden. Die gegen diese Kündigungen deutscher Beamter von den deutschen Berufsverbänden beim Demobilmachungskommissar erhobenen Vorstellungen haben bisher zu keinem Erfolg geführt.

Agrarreform oder Ödland-Kultivierung.

Im „Dziennik Ustaw" wurde der Parzellierungsplan für 1935 veröffentlicht. Danach werden aus staatlichem Besitz in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen je 3000 Hektar, in den kongreßpolnischen Wojewodschaften 6000 Hektar, im Teschener Gebiet 200 Hektar und in den ostpolnischen Wojewodschaften 7800 Hektar parzelliert. Aus Privatbesitz werden folgende Flächen zur Aufteilung gelangen: in Posen 11 000 und in Pommerellen 4500 Hektar, in Kongreßpolen 23 000 Hektar, in Ostpolen 39 700 Hektar, in Galizien 21 800 Hektar. In allen Wojewodschaften (außer Stanislau und Krakau) hat sich die zur Parzellierung bestimmte Fläche des privaten Grundbesitzes gegenüber dem Vorjahre erheblich erhöht; in Posen und Pommerellen hat sie im Parzellierungsplan für 1934 5500 Hektar betragen, nach dem vorliegenden Plan beträgt sie 15 500 Hektar.

Der polnische Ministerrat hat beschlossen, dem Staatspräsidenten den Entwurf eines Dekrets über die Urbarmachung des polesischen Sumpfgebietes vorzulegen. Das Landwirtschaftsministerium soll im Einvernehmen mit dem Kriegs- und dem Verkehrsministerium einen Plan für die Meliorationsarbeiten sowie für die Regulierung und Schiffbarmachung der polesischen Gewässer aufstellen. Durch die Trockenlegung der polesischen Sümpfe könnten etwa 5 Mill. Hektar Land erschlossen werden. Das würde einen Aufwand von rund 1 Milliarde Zloty erfordern.

In einem Artikel in der „Deutschen Rundschau" in Bromberg geht Graf Limburg-Stirum auf diese beiden obigen Meldungen ein und wirft die Frage auf, ob es für Polen nicht vorteilhafter sei, die Parzellierung des Großgrundbesitzes einzustellen und dafür die Trockenlegung des polesischen Sumpfgebietes mit aller Kraft in Angriff zu nehmen. Er macht in dieser Richtung folgenden Vorschlag:

„Der gesamte Großgrundbesitz löst die ihm durch Agrarreformgesetz auferlegte Last des Zwangsaufkaufs ab durch Aufbringung von Mitteln, die der Erschließung der polesischen Sümpfe dienen sollen. Beispielsweise ließe sich dies ohne zu große Belastung des Großgrundbesitzes durch eine zehn Jahre lang zu zahlende Abgabe machen, welche zur Verzinsung und Tilgung eines im Ausland oder durch innere Anleihe zu beschaffenden Darlehns dienen soll und eventuell im Grundbuch eingetragen wird bis zu dem Augenblick, wo Eingänge aus dem polesischen Neuland zu fließen beginnen. Zu diesem Zweck werden die Bestimmungen des Agrarreformgesetzes, soweit es die Heranziehung des privaten Großgrundbesitzes betrifft, vor allem die §§ 2e, 4 und 5, aufgehoben oder abgeändert. An ihre Stelle tritt eine Bestimmung über eine zehn Jahre dauernde Abgabepflicht des Großgrundbesitzes zugunsten der polesischen Siedlung für jeden Hektar, der bei Durchführung der aufzuhebenden Bestimmungen des Agrarreformgesetzes dem Zwangsaufkauf unterliegen würde. Beispiel: die landwirtschaftlich genutzte Fläche eines Besitzes beträgt 1200 Hektar. Gemäß Artikel 4 dürfen dem Besitzer 180 Hektar verbleiben. Zuschläge sind für ihn gemäß Artikel 5 in Höhe von 200 Hektar festgesetzt worden, es verbleiben 820 Hektar. Für diese 820 Hektar hat der Betreffende an den Staat 10 Jahre lang eine nach der Güte des Grund und Bodens abgestufte jährliche Zahlung zu leisten, die zur Tilgung und Verzinsung des vom Staat aufzunehmenden Darlehns dient. Ich glaube, daß jeder größere Grundbesitz diese Steuer gern tragen würde, um die Sicherheit zu erlangen, daß sein Besitz nicht von der Agrarreform erfaßt wird. Er kauft sich gewissermaßen los und vermindert dadurch die großen Verluste, die ihm durch die Verkleinerung seines Besitzes und vor allem durch die geringe Entschädigung, die der Staat unter den obwaltenden Verhältnissen geben kann, entstehen müssen. Zugleich aber würde er zu einem großen Werk, das die Entwässerung der Pontinischen Sümpfe des Duce in den Schatten stellt, beitragen. Der Staat aber erhielt hierdurch einen Teil der Mittel zur Durchführung der Meliorationen. Ein Aufkommen von 15 Millionen Zloty jährlich würde bei Annahme von 6 v. H. für Zinsen und Tilgung einem Kapital von 250 Millionen Zloty entsprechen. Ferner ständen dem Staat für die Melioration die alljährlich zum Zwangsaufkauf von Land aus privater Hand verwandten Mittel zur Verfügung, so daß mit schneller Durchführung des großen Werkes zu rechnen wäre."

116,3 Millionen für die Osthilfe.

Im Reichshaushalt 1934 werden wiederum erhebliche Mittel für die Osthilfe ausgeworfen. Insgesamt handelt es sich um 116,3 Millionen, die das Reich im Rechnungsjahr 1934 für die Osthilfegebiete zur Verfügung stellt. Es sind im einzelnen in den Haushalt eingestellt worden 12 Mill. RM. für Frachtenerleichterungen, 30 Mill. RM. zur Erleichterung kommunaler Lasten, 3 Mill. RM. für sonstige wirtschaftliche, gesundheitliche, soziale und kulturelle Maßnahmen, 35 Mill. RM. zur Förderung des ländlichen Siedlungswesens im Zusammenhang mit der Entschuldung und 300 000 RM. zur Senkung der Schiffahrtsabgaben. Außerdem werden zur Erleichterung von Zins- und Tilgungsleistungen von Entschuldungsdarlehen und für Betriebssicherungen 36 Mill. RM. zur Verfügung gestellt.

Vor 800 Jahren: Albrecht der Bär kommt in die Mark.

Es war im Jahre 1134. Im Reiche herrschte der Sachsenkaiser Lothar. Der Graf Albrecht von Ballenstedt aus dem Hause Askanien hatte ihm mancherlei Kriegsdienste erwiesen, ihn auf der Romfahrt begleitet, sich Anspruch auf seine Dankbarkeit erworben. So gab der Kaiser ihn auf dem Fürstentag zu Halberstadt 1134 die Nordmark zu Lehen.

Die Nordmark, das war damals nicht viel mehr als ein geographischer Begriff, ein schmaler Streifen Landes zwischen der Elbe und Havel. Unübersehbar streckten sich die Moore und Sümpfe, aus denen Nebel emporstiegen und sich in den Kronen finsterer Kiefern verfingen. Wenige Siedlungen nur ließen erkennen, daß Menschen in dieser Wüstenei wohnten, einige Städte, wie Tangermünde an der Elbe, Stendal mitten in der Mark, Salzwedel und wenige andere, hatten keine Bedeutung; Brandenburg und Havelberg gehörten nicht dazu.

So sah der Rest der deutschen Grenzmark aus, die einst Karl der Große von den Wenden erobert und der Sachse Otto der Große ausgebaut und mit dem Schwerte dem Kreuze zugeführt hatte. Damals waren die Heere des Kaisers bis an die Oder vorgedrungen, hatten die Bistümer Brandenburg und Havelberg angelegt, aber ein Menschenalter später war alles dies wieder in Sumpf und Nebel versunken, und der Begriff einer Nordmark fristete ein kümmerliches Dasein in den großen Welthändeln, in die die deutschen Kaiser verstrickt waren.

Als Albrecht ins Land kam, sah er nicht nur die Armut der kaiserlichen Beschenkung, sondern auch, daß er sich das Land erst mit Waffengewalt sichern mußte. Er war ein kriegerprobter Soldat, ein Fürst, der zu herrschen verstand. Bald ging er über die Elbe, fuhr mit blankem Schwert über die Wenden und eroberte die Prignitz. Er ward stark und mächtig im Lande und man konnte bald von einer Nordmark reden.

Da starb Lothar, und unter dem ersten Staufer Konrad III. begann die Zeit der großen Kämpfe zwischen Staufern und Welfen, in denen Albrecht von Ballenstedt eine große Rolle spielen sollte. Konrad ächtete den stolzen Welfen Heinrich und gab dessen Land Sachsen dem Albrecht zu Lehen, der doch selbst der Sohn der Sachsenprinzessin Eilecke war. Aber wiederum mußte Albrecht sich das Land erst erobern. Er fiel in Sachsen ein, schien auch zuerst siegreich, bis die vereinte welfische Macht Heinrichs des Löwen den Krieg in Albrechts eigene Erblande trug, deren Burgen und feste Plätze zerstörte, die Stammburg Askanien in Trümmer legte und über die Bernburg hinwegfegte, in der Albrechts Mutter Hof hielt. Es war ein gewaltiges Ringen zwischen Bär und Löwe, in dem dieser obsiegte. Albrecht mußte Frieden mit dem Welfen machen und auf einem Reichstag zu Frankfurt feierlich auf den sächsischen Herzogstitel verzichten. Dafür erhielt er seine Erblande und die Nordmark zurück. Das Unglück Albrechts war ein Glück für die Mark, denn sie wurde aus der Verbindung mit Sachsen gelöst und konnte sich frei entwickeln. Der Kaiser gab ihr die Reichsunmittelbarkeit. Das war im Jahre 1142.

In Brandenburg, der alten Bischofsstadt Ottos des Großen, saß der Wendenfürst Pribislaw. Er war mit seinem Weibe Petrussa zum Christentum übergetreten und hatte sich Albrecht zum Freunde erworben und ihn zu seinem Erben bestimmt. Als er starb, hielt Petrussa die Leiche verborgen und sandte zum Bären, im Sturmschritt zu erscheinen und das Testament gegen die heidnischen Widersacher zu vollstrecken. Am anderen Tage schon stand Albrecht in Brandenburg, schlug die wendischen Gegner und nahm die Stadt in Besitz. Jetzt nannte er sich Markgraf von Brandenburg. Das war 1150.

Noch einmal mußte er um diese Stadt kämpfen. Der Neffe des Wendenfürsten, der Heveller Jaszo, der in der festen Burg Cöpenick an der Spree saß, stand wider ihn auf und drang in Brandenburg ein. Mit mächtigen Tatzenhieben kam jedoch der Bär, der gerade in Pommern einen Kreuzzug gegen die Heiden unternahm, über den Aufrührer, eroberte Brandenburg zurück und gab dem Wenden an der Havel, wo heute Spandau steht, den vernichtenden Schlag. Die Sage ist bekannt, wie der Geschlagene sich dem Christentum gebeugt haben soll. Er jagte an der Havel entlang, den Bären im Nacken. Wenn er eine Furt finden würde, wollte er dem Gott des Siegers dienen. Er stürzte sich mit Roß und Rüstung in den breiten Strom, erklomm ein Landhorn am anderen Ufer und hängte an jener Stelle seinen Schild als Zeichen der Bekehrung auf. Die Stätte heißt heute Schildhorn, und eine Säule erinnert an das Ende des letzten Wenden, der in die Mark einbrach.

Das Schwert hatte der Bär zu gebrauchen verstanden, jetzt zeigte er, daß er auch das Werk des Friedens verstand. Er baute Brandenburg und Havelberg aus, der Dom in Havelberg ist sein Werk, und wie die Mär berichtet, hat er auch Bernau angelegt. Er kolonisierte das Land, Bauern aus den Niederlanden, vor allem Flamen, die gewohnt waren, Sümpfe zu bändigen, kultivierten das Land, gaben ihm den Kern deutschen Bauerntums. Sie waren vermutlich auch bei der Anlage von Kölln auf der Spreeinsel und Berlin am Nordufer der Spree beteiligt.

Der Bär war alt geworden. 1168 verließ er die Mark, um auf der väterlichen Burg Ballenstedt den Tod zu erwarten. Er traf den Siebzigjährigen jedoch, nach verbürgten Berichten, in Stendal. Daß er im Dom zu Brandenburg beigesetzt wurde, ist eine Sage; er ruht im Schloß seiner Väter. Albrecht war ein mutiger und treuer Soldat dreier Kaiser, aber für die nationale Geschichte ist er mehr: der erste Markgraf von Brandenburg. 150 Jahre nach seinem Tode war die Mark schon völlig deutsch und christlich, war ein Staat geschaffen, aus dem dereinst ein neues Deutsches Reich hervorgehen sollte.

Dr. G. Hägermann.

Der deutsch-polnische Reiseverkehr.

Am 8. April fand von Beuthen aus die erste deutsche Gesellschaftsfahrt nach Polen, mit dem Ziel Krakau und Salzbergwerk Wieliczka, statt. Derartige Fahrten werden in Zukunft regelmäßig stattfinden. Und zwar sind von Polen nach Deutschland (zunächst von Krakau, Bielitz und Kattowitz ausgehend) Fahrten nach Berlin, Breslau, Oppeln (Ruderregatta), Gleiwitz (Flugsportveranstaltung), Dresden (Sächsische Schweiz), nach dem Riesengebirge, dem oberschlesischen Badeort Ziegenhals, zum Annaberg und nach dem Wallfahrtsort Trebnitz bei Breslau geplant. Von Deutschland nach Polen werden die Fahrten (zunächst von Westoberschlesien ausgehend) nach Warschau, Krakau und Lemberg, nach Danzig-Zoppot, Posen (Messe) und Bromberg (Ruderregatta), in die Hohe Tatra und die Beskiden sowie nach den Wallfahrtsorten Tschenstochau und Kalwarja führen. Bei genügender Beteiligung sind auch Gesellschaftsfahrten zu den Schlachtfeldern und Soldatenfriedhöfen in Kongreßpolen vorgesehen. Es bleibt abzuwarten, wie die Bevölkerung in Deutschland und Polen von dieser im Rahmen der deutsch-polnischen Annäherung neu erschlossenen Möglichkeit gegenseitigen Kennenlernens Gebrauch machen wird und ob es sich lohnen wird, die Gesellschaftsreisen, die zunächst nur von den oberschlesischen Grenzgebieten aus unternommen werden, auch von anderen Orten aus zu veranstalten. Bei Gesellschaftsreisen, wie den oben erwähnten, fallen alle Paßschwierigkeiten fort; die Fahrpreise sind so billig wie nur möglich gehalten; auch Photoapparate dürfen nach Polen mitgenommen werden.

Für den Reiseverkehr nach Deutschland werden (wie für den gesamten Ausländerverkehr) von der Reichsbahn weitgehende Fahrpreisermäßigungen (bis zu 75 v. H.) gewährt. Der Anreiz zum Besuch Deutschlands ist also auch für die nicht mit Glücksgütern übermäßig gesegneten Bewohner Polens recht groß. Es besteht zur Zeit jedoch noch ein Hindernis, an dem fast jede Deutschlandreise scheitern muß: die hohen polnischen Paßgebühren. Die 400 Zloty, mit denen man sich heute noch die einmalige Ausreise aus Polen erkaufen muß, und die 1200 Zloty, die ein Jahrespaß kosten, machen ein Anwachsen des polnischen Einzelreiseverkehrs nach Deutschland geradezu unmöglich. Wenn von polnischer Seite die Erhöhung der Paßgebühren seinerzeit u. a. damit begründet wurde, daß sich der Staat neue Einnahmen erschließen müsse, so muß man die Erhöhung als ein gänzlich vorbeigelungenes Experiment bezeichnen. Denn im Jahre 1933 wurden überhaupt nur 2974 Ausreisevisen voll bezahlt. Die übrigen Pässe wurden gebührenfrei oder zu ermäßigten Gebühren erteilt, wobei es völlig im Ermessen der Behörden lag, wie hoch die Gebühren in den einzelnen Antragsfällen festgesetzt wurden. Wenn von polnischer Seite weiter geltend gemacht wurde, daß durch die Erhöhung der Paßgebühren, also durch die Verhinderung des Auslandsreiseverkehrs, das Abfließen polnischer Zahlungsmittel ins Ausland eingeschränkt werden solle, so läßt sich jetzt, wo Polen eine Zunahme des Reiseverkehrs aus Deutschland zu erwarten hat, diese Begründung billigerweise nicht mehr aufrechterhalten. Wenn schließlich der polnische Reiseverkehr nach Deutschland, insbesondere der Deutschlandbesuch von Angehörigen der deutschen Volksgruppe in Polen, aus politischen Gründen unerwünscht war, so dürfte diese einer Zeit feindlicher Hochspannung entsprungene Begründung heute wohl nicht mehr am Platze sein. Es ist dringend zu wünschen, daß die chinesische Mauer, die in Gestalt der polnischen Paßgebühren zwischen Deutschland und Polen aufgerichtet worden ist, endlich zu Fall gebracht wird, wie es dem Sinne der beiderseitigen Bemühungen um eine Annäherung entspricht. Und zu wünschen ist auch, daß das System der Gesellschaftsreisen so ausgebaut wird, daß es durch die Erfassung möglichst weiter Kreise hüben und drüben seinen wesentlichsten Zweck: Kenntnis von Land und Leuten zu vermitteln, erfüllt. Es kann der deutsch-polnischen Annäherung nur dienlich sein, wenn möglichst viele Deutsche in Bromberg oder Krakau oder Warschau oder sonstwo in Polen die bleibenden Zeugen der Vergangenheit sehen und erleben; denn das wird stärker, als das gedruckte oder geschriebene Wort es vermag, Verständnis dafür erwecken, wie nahe dieses Land jenseits der Grenze dem deutschen Leben doch eigentlich steht, wie vielgestaltig die deutschen Kulturelemente sind, die bewußt oder unbewußt, verdeckt oder offen am Werden des polnischen Nachbarvolkes mitgewirkt haben und heute noch mitwirken.

Der Aufbau Ostpreußens.

In Ostpreußen gehen die Projekte für eine Reihe neuer Fabrik- und Werkstättenanlagen bereits der Verwirklichung entgegen. Als erste wird in Marienwerder die von den Braunschweiger Firmen C. Th. Lampe und H. Meinecke gegründete Konservenfabrik entstehen. Am 7. März begannen die Bauarbeiten, die bis auf die Maschinenlieferung von Marienwerderer Firmen durchgeführt wurden, und Ende April soll das Werk bereits mit der Arbeit beginnen. Gemüse, Obst, Pilze und Beeren sollen hier zu Konserven verarbeitet werden. Bei Inbetriebnahme wird zunächst mit der Herstellung von Pilzkonserven begonnen werden; Ostpreußens Pilzreichtum läßt eine Ausfuhr auch nach dem übrigen Reich erwarten. Der Absatz der Gemüsekonserven dagegen soll in erster Linie in Ostpreußen selbst betrieben werden. Die Organisation des Gemüseanbaus ist bereits weitgehend geregelt worden. Mit etwa 50 Landwirten in der Weichselniederung wurden Anbauverträge abgeschlossen, auf Grund deren sie das Saatgut — es handelt sich um besondere, von den Firmen seit Jahren erprobte Sorten — von der Fabrik erhalten und sich verpflichten, eine Ackerfläche von bestimmter Größe für die Belieferung der Konservenfabrik anzubauen. Der Besitzer braucht kein Bargeld zu investieren, da die Kosten für das Saatgut von dem Erlös der Ernte durch die Fabrik abgezogen werden, er darf aber auch — um eine Veränderung der Gemüsesorten zu verhindern — keine Aussaat aus seiner Ernte selbst gewinnen. 200 Morgen Gemüseland werden zunächst im Auftrag der Fabrik mit Erbsen, Bohnen, Karotten, Spinat, Kohlrabi und Gurken bebaut. Die Arbeiterschaft — es werden in erster Linie Frauen verwandt — wird sich aus Ostpreußen rekrutieren, und nur für die erste Zeit soll ein Stamm von eingespielten Facharbeiterinnen aus Braunschweig nach Marienwerder übersiedeln. Man rechnet für den Sommer mit einer Belegschaft von 100 Personen, die Produktion einer Tagesleistung soll etwa 20 000 Kilogramm Konserven sein.

Auch die westdeutsche Schwerindustrie wird am Aufbau Ostpreußens teilnehmen. Die Verhandlungen, die von den mit der Industrialisierung Ostpreußens beauftragten Organen, der Landesplanungsstelle beim Oberpräsidium und der Abteilung Wirtschaftsbelebung der Industrie- und Handelskammer, mit den Vereinigten Stahlwerken geführt wurden, sind Ende März erfolgreich abgeschlossen worden. Die Vereinigten Stahlwerke A.-G. haben zusammen mit der seit Jahrzehnten in Königsberg ansässigen Thyssen Eisen- und Stahl A.-G., die „Ostdeutsche Stahlbau G. m. b. H.", Königsberg, ins Leben gerufen. Das Werk wird auf dem ehemaligen Gelände der Union-Gießerei bereits Anfang Mai mit der Fabrikation beginnen. Die Gesellschaft wird sich vornehmlich mit der Herstellung elektrisch geschweißter Stahlkonstruktionen befassen. Das Verlegen dieses Industriezweiges der Vereinigten Stahlwerke A.-G. in den Wirtschaftsraum Ostpreußens durch die Gründung einer Gesellschaft, die rein ostpreußischen Charakter trägt, schafft nicht allein neue Arbeitsmöglichkeiten in Ostpreußen, sondern dient auch der im Rahmen der gesamten deutschen Wirtschaft angestrebten Auflockerung der im Westen des Reiches zusammengedrängten Industrie.

Nahe der Dreiländerecke bei Weißenberg, an der Ostpreußen, Danzig und der Korridor zusammentreffen, am sog. „goldenen Siel", soll eine neue Stauschleuse entstehen. Der Bauplan wurde schon im vorigen Jahre fertiggestellt; mit den Arbeiten wird in einigen Wochen begonnen werden. Durch diese Schleuse wird das Wasser der die Marienwerderer Niederung durchfließenden Alten Nogat aufgestaut werden, so daß diese auch in den Trockenzeiten eine für kleinere Fahrzeuge genügende Fahrtiefe erhält. Für die Niederungsbauern ist das insofern von Wert, als sie die schiffbar gemachte Alte Nogat (die fälschlicherweise häufig der Liebefluß genannt wird, für den Abtransport Agrarprodukte, insbesondere ihrer Zuckerrüben, sowie für die Anfuhr von Düngemitteln, Brennstoffen, Baumaterialien usw. auswerten können. Zusammen mit dem Bau der Stauschleuse bei Weißenberg werden die Bagger- und Regulierungsarbeiten an der Alten Nogat in Angriff genommen. Die Niederung, die ja bei Kurzebrack einen „Zugang zur Weichsel" (ein international sehenswertes Grenzkuriosum) besitzt, wird auf diese Weise bis Marienwerder eine schiffbare Wasserstraße erhalten. Die Bedeutung Marienburgs als Umschlaghafen wird steigen; die schon vor Jahren erweiterten Hafenanlagen von Marienburg werden endlich voll ausgenutzt werden können.

Von der Landesstelle Ostpreußen des Propagandaministeriums und dem Gaufilmwart ist eine bedeutsame Maßnahme zur kulturellen Durchdringung Ostpreußens geplant. Es gibt nur wenige Städte in Ostpreußen, die imstande sind, sich eine ausreichende Theaterpflege zu leisten, und es gibt eine Reihe von Städten dort, die nicht einmal ein Lichtspielhaus aufweisen können. Das macht eine besondere Pflege jener Errungenschaften notwendig, die die Kunst aufs flache Land, auch in das entlegenste Dorf, hinauszubringen vermögen. Von den genannten Stellen ist nun die Versorgung des flachen Landes mit guten Filmen in Angriff genommen worden. Es werden Wanderkinos eingerichtet, die in regelmäßigen Abständen jeden Ort, der kein ständiges Lichtspielhaus besitzt, aufsuchen. Ein solches Wanderkino ist so organisiert, daß sich der Operateur an jedem Ort 1½ Tage aufhält, wobei am Nachmittag zwei Vorstellungen für Erwachsene und am nächsten Vormittag zwei Vorstellungen für die Jugend in der Schule gegeben werden — am gleichen Nachmittag wird bereits am nächsten Ort mit den Erwachsenen-Vorstellungen die Rundfahrt fortgesetzt. Der Operateur verfügt außer dem Tonkoffergerät noch über ein eigenes Auto, so daß er die engmaschige Route schnell erledigen kann. Alle sechs Wochen kommt das Wanderkino wiederum in den gleichen Ort. Dieses Unternehmen finanziert sich selbst. Nur Kultur- und staatspolitische Filme gelangen zur Vorführung, wie „Sieg des Glaubens", „Der Rebell" usw. Im Beiprogramm werden Filme aus dem Stadtleben bzw. neue wertvolle technische Errungenschaften und Fortschritte in der Landwirtschaft, im Handwerk und dergleichen gezeigt.

Ostland-Woche.

Die deutsch-polnische Annäherung.

Der Jude Senator Dr. Ringel hatte einen Vortrag über die neueste Entwicklung des Antisemitismus angekündigt, den er im Auftrage des Hilfskomitees für die Flüchtlinge aus Deutschland halten wollte. Wie die jüdischen Blätter Polens berichten, hat die polnische Sicherheitsbehörde den Vortrag verboten. — Die polnische Schriftstellerin Kazimiera Illakowczowna, die Sekretärin des Marschalls Pilsudski, hat Schillers „Wallenstein" ins Polnische übersetzt. — Eine Frau Wanda Melcer-Rutkowska hat im Verlage „Roj" ein Buch unter dem Titel „Hakenkreuz und Kind" erscheinen lassen, in dem auf dem Hintergrunde der nationalsozialistischen Revolution die Erlebnisse einer von ihrem Manne verlassenen Frau geschildert werden. Auf Veranlassung der polnischen Behörden wurde gestern früh die ganze Auflage beim Verlage beschlagnahmt. Nach den Mitteilungen der polnischen Presse soll die Beschlagnahme damit begründet worden sein, daß in drastischen, stark deutschfeindlich gestimmten Szenen Personen geschildert werden, die leicht zu erkennen wären.

Behinderung der deutschen Einfuhr.

Nachdem sich die polnische Regierung mit dem Protokoll vom 7. März zum normalen Warenaustausch mit Deutschland bekannt hat, machen sich in verschiedenen privaten Wirtschaftskreisen Polens Bestrebungen bemerkbar, die von Staats wegen aufgegebenen Kampfmaßnahmen gegen die Einfuhr deutscher Waren durch die Ausübung eines unzulässigen privaten Druckes fortzusetzen. Über ein bezeichnendes Beispiel dieser Art berichtet die Bromberger „Deutsche Rundschau" am 8. April. Das polnische Papiersyndikat will sich offenbar noch nicht darein finden, daß seine während des Wirtschaftskrieges mit Deutschland gewonnene Monopolstellung nach Aufhebung der Kampfmaßnahmen nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Es bemüht sich, die Papiereinfuhr aus Deutschland mit allen Mitteln zu verhindern. Es geht dabei so weit, daß es die Kaufleute in Polen, die Papier in Deutschland bestellt haben, mit dem Boykott bedroht, wenn sie die Bestellung nicht sofort wieder rückgängig machen; es droht, von dem Betreffenden im Falle der Weigerung keinerlei Aufträge mehr entgegenzunehmen. Die Kaufleute stehen dem allmächtigen Syndikat, wenn die Regierung nicht gegen dessen Erpressermethoden einschreitet, wehrlos gegenüber. Das Verhalten des polnischen Papiersyndikates ist um so unverständlicher, als es sich bei den nach Deutschland gegebenen Aufträgen fast durchweg um Bestellungen auf hochwertige Spezialpapier handelt, die von der polnischen Papierindustrie überhaupt nicht oder zum mindesten nicht in annähernd gleicher Qualität geliefert werden können. Es handelt sich z. T. um Papiersorten, die auch im übrigen Auslond nicht, sondern ausschließlich von der deutschen Industrie (Fabrikationsgeheimnis!) hergestellt werden.

Wieder ein Überfall auf Kruschwitzer Deutsche.

Das Dorf Kruschwitz im Kreise Bromberg, das erst am Ostermontag der Schauplatz deutschfeindlicher Kundgebungen war, hat am 8. April erneut tumultuarische Ausschreitungen polnischer Elemente gegen Angehörige des deutschen Volkstums erlebt. Schon am Nachmittag dieses Tages machte sich eine größere Gruppe junger Polen bemerkbar, die, mit nagel- und eisenbeschlagenen Stöcken und Knüppeln versehen, deutsche Dorfbewohner belästigten und ankündigten, daß sie alle „Hitlerleute" erschlagen würden. Gegen Abend rückte die inzwischen auf 60 bis 70 Mann verstärkte Horde zu einem regelrechten Sturmangriff auf die Besitzung des deutschen Landwirtes Friedrich Radatz vor. Ununterbrochen flogen Pflastersteine in die Fenster und auf das Ziegeldach; am Mobiliar wurde erheblicher Schaden angerichtet; das Dach wurde so schwer beschädigt, daß es völlig neu gedeckt werden muß. Der Sachschaden wird hier auf 800 bis 1000 Zloty angenommen. Die Belagerung des Gehöftes dauerte mehrere Stunden lang. Auch das Gehöft des deutschen Landwirts Rösler wurde in Mitleidenschaft gezogen. Als die Ehefrau mit ihren beiden Enkelkindern im Begriff war, nach Hause zu

gehen, wurde sie mit dem Rufe angerempelt: „Schlagt das Hitlerweib tot, was will die hier in Polen!“ Einige Burschen warfen der Frau, die sich von der feigen Horde nicht im geringsten einschüchtern ließ, einige Steine nach. Dann wurde auch das Haus Röslers mit einem Steinhagel überschüttet. Glasveranda und Fensterscheiben, Gardinen und Vorhänge wurden zerschlagen und zerrissen. Die betagte Mutter des Landwirtes erlitt einen Nervenschock; an ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Zwei weitere deutsche Gehöfte, die der Landwirte Sodtke und Pohl, wurden gleichfalls mit Steinen beworfen. Die beiden Söhne Sodtkes wurden, als sie heimkehrten, von der Meute überfallen und verfolgt. Von den Polen, die an diesen Überfällen und Zerstörungen teilgenommen haben, wurden einige erkannt, darunter mehrere, die wegen Diebstahls vorbestraft sind. Mehrere von ihnen waren mit Schußwaffen versehen. Die Polizei hat mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Radioempfang verboten.

Eine Deutsche in Scharley (Ostoberschlesien) erhielt im Januar von der Polizei ein Strafmandat über 5 Zloty, weil sie angeblich die öffentliche Ruhe gestört hätte, indem sie deutsche Reden und Hitlerlieder (wie „Ich bin ein Preuße“ und „Deutschland, Deutschland über alles“) mit ihrem Rundfunkapparat so laut empfangen hätte, daß man diese auch im Flur des Hauses gehört hätte. Die Verurteilung erfolgte damals, obwohl sieben Zeugen erklärten, daß sie von einer Ruhestörung nichts gemerkt hätten. Jetzt wurde der Deutschen obendrein noch von der Postdirektion Kattowitz mit Wirkung vom 1. April die Genehmigung zum Radioempfang entzogen. Außerdem wurde sie aufgefordert, den Apparat und die Antenne mit sämtlichen Leitungen zu beseitigen. Ein Grund wurde nicht angegeben.

Deutscher Schulaufruf in Lodz beschlagnahmt.

Die Lodzer Ortsgruppe des Deutschen Volksverbandes in Polen hatte dieser Tage ein Flugblatt herausgegeben, in welchem die Eltern deutscher schulpflichtiger Kinder über die Vorschriften unterrichtet wurden, welche die Anmeldung der Kinder bei den Schulen mit deutscher Unterrichtssprache betreffen. Dieses Flugblatt wurde herausgegeben, weil im Hinblick auf die schwere Wirtschaftslage viele der hier in Frage kommenden Eltern sich keine Zeitungen halten. Die Ortsgruppe ließ ihr Flugblatt nach dem Gottesdienst vor den Kirchen verteilen. Der Stadtstarost von Lodz hat den Aufruf beschlagnahmen lassen, und zwar mit Hinweis auf einen darin enthaltenen Abschnitt, der im vorigen Jahr in einem ähnlichen Flugblatt auch enthalten war und damals nicht beanstandet wurde. Der deutsche Senator Utta hat gegen diese Maßnahme beim Minister des Innern Einspruch erhoben und um eine Aufhebung der Beschlagnahme gebeten. „Das, was zu einer Zeit der größten Spannung zwischen Deutschland und Polen gesagt werden durfte“, so heißt es in dem Schreiben Uttas, wird heute in einer Zeit der Verhandlungen und Bestrebungen zur Herbeiführung einer Verständigung beschlagnahmt...“

Polen beantragt Ausdehnung des „Minderheitenschutzes“.

Der ständige Delegierte Polens beim Völkerbund, Graf Raczynski hat dem Generalsekretär des Völkerbundes einen Brief übergeben, der folgendermaßen lautet:

„Im Namen meiner Regierung habe ich die Ehre, Sie zu bitten, auf die Tagesordnung der nächsten Völkerbundsversammlung den folgenden Resolutionsentwurf zu setzen: Im Hinblick darauf, daß die gegenwärtig in Kraft befindlichen Minderheitenverträge, ebenso wie die Erklärungen über den internationalen Schutz der Minderheiten, die von einigen Staaten vor dem Rat abgegeben worden sind, nur einen Teil der Mitglieder des Völkerbundes binden, während andere Mitglieder des Völkerbundes von jeder juristischen Verpflichtung nach dieser Hinsicht befreit bleiben, überzeugt davon, daß dieser Lage nur gewissen Minderheiten eine internationale Garantie gibt, dagegen die anderen ohne Schutz läßt, in der Erwägung, daß ein derartiger Unterschied zwischen geschützten und nicht geschützten Minderheiten im Widerspruch mit dem Gefühl der Gleichheit und der Gerechtigkeit ist, und der Tatsache Rechnung tragend, daß die Minderheiten der Rasse, der Sprache und der Religion, die durch den gegenwärtigen Minderheitenschutz nicht gedeckt werden, sich in jedem europäischen und außereuropäischen Lande befinden, spricht die Völkerbundsversammlung die Überzeugung aus, daß die gegenwärtigen Bedingungen des internationalen Minderheitenschutzes nicht im Einklang stehen mit den grundlegenden Prinzipien der internationalen Moral und glaubt, da es nötig ist, hier abzuhelfen durch den Abschluß eines allgemeinen Abkommens über den Schutz der Minderheiten. Diese Konvention müßte allen Mitgliedern des Völkerbundes dieselben Verpflichtungen auferlegen und gleichzeitig den internationalen Schutz auf alle Minderheiten der Sprache, der Rasse und der Religion auszudehnen. Die Versammlung beschließt, zu diesem Zweck eine internationale Konferenz einzuberufen, an der alle Mitglieder des Völkerbundes teilnehmen, eine Konferenz, die den Auftrag erhält, ein allgemeines Abkommen über den internationalen Schutz der Minderheiten auszuarbeiten. Die Versammlung bittet den Völkerbundsrat, geeignete Mittel zu ergreifen, um diese Konferenz bald und auf jeden Fall innerhalb von sechs Monaten nach Schluß der gegenwärtigen Tagung der Völkerbundsversammlung einzuberufen.“

Gdingen statt Thorn?

Vor kurzem ging durch die polnische Presse die Nachricht, daß Pommerellen eine eigene Universität erhalten solle und Thorn bereits als Sitz dieser polnischen akademischen Bildungsstätte ausersehen sei. Nun hat sich am 8. April die „Gazeta Gdanska“ mit diesem Plan auseinandergesetzt. Thorn habe zwar eine glänzende humanistische Vergangenheit und eine wissenschaftliche Tradition. Diese Gründe könnten heute aber nicht mehr maßgebend sein. Die Wahl des Universitätsortes habe der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die ursprünglich binnenländische Orientierung Polens der seewärtigen weiche. Vom geopolitischen Standpunkte gesehen müsse die Pommereller Universität ein Programm erfüllen, das aus der staatlichen Seepolitik hervorgehe. In keiner anderen Stadt als in Gdingen wären die Voraussetzungen hierzu geschaffen. Gdingen sei vorbereitet. Es besitze „eine große Anziehungskraft für die slawischen Mitbrüder“ und werde „ein Faktor der Annäherung nicht nur der slawischen Jugend, sondern auch der Jugend der baltischen Länder“ werden. Eine Universität in Gdingen werde „der Wächter des polnischen Meeres“ sein. Auch im Hinblick auf die Schaffung der „Schmiede der nationalen Kultur“ in Pommerellen sei Gdingen der rechte Platz. „Gerade jetzt ist es die richtige Zeit, in dem geistigen Kampf, der seit Jahrhunderten hier zwischen Slawen und Deutschen ausgefochten wird, aus der Defensive herauszutreten.“ Man dürfe nicht vergessen, daß die Hauptwerkstätten des deutschen Nationalgedankens die Küstenuniversitäten wie Kiel, Rostock, Greifswald, Danzig, Königsberg usw. seien.

Ein neuer Botschafter in Warschau.

Oberst Beck hatte sich bei seinem Moskauer Besuche vor einiger Zeit um die Erhöhung der beiderseitigen Gesandtschaften zu Botschaften bemüht. Moskau ist auf diese Anregung des Warschauer Außenministers bereitwillig eingegangen. Für Polen ist die Rangerhöhung der diplomatischen Vertretungen von symbolischer Bedeutung. Die polnische Presse sieht in ihr eine nochmalige Bestätigung der staatlichen Selbständigkeit Polens durch Rußland, aus dessen ehemaligem Territorium der polnische Staat zu vier Fünfteln besteht, und eine erneute Anerkennung der polnischen Großmachtstellung. Es ist beabsichtigt, die beiderseitigen Gesandten an demselben Tage und zu gleicher Zeit ihre Beglaubigungsschreiben, durch die sie als Botschafter bestellt werden, überreichen zu lassen und die Bedeutung dieses Aktes durch besondere Feierlichkeit zu betonen. Moskau verbindet die Rangerhöhung mit einem Wechsel in der Besetzung seiner Warschauer Vertretung. Der bisherige Gesandte Antonow Owsiejenko ist von seinem Warschauer Posten abberufen worden. In Warschau wird das Scheiden dieses Diplomaten, der sich stark um die polnisch-russische Annäherung bemüht hat und in den literarischen und künstlerischen Kreisen der polnischen Hauptstadt beliebt ist, bedauert. Es scheint, daß Moskau mit seinem Vertreter weniger zufrieden war, als Warschau es sein konnte. Es heißt, Owsiejenko habe Moskau über die polnischen Dinge nicht eingehend genug unterrichtet. Für die Sowjetpolitik aber ist Warschau heute einer der wichtigsten diplomatischen Beobachtungsposten geworden. Litwinow hat für diesen Posten den Armenier Jakob Dawtian, einen engeren Landsmann Stalins, ernannt. Dawtian, im Jahre 1888 geboren, hat in Tiflis und Petersburg studiert und 1907/08 im zaristischen Gefängnis gesessen, ist dann ins Ausland geflüchtet und hat sich meist in Brüssel aufgehalten, wo er das Polytechnikum besuchte. Während des Krieges wurde er in Belgien von der deutschen Besatzungsbehörde verhaftet und interniert und im August 1918 nach Sowjetrußland entlassen. Dort bekleidete er zunächst hohe Stellungen in der Roten Armee, wurde 1920 Sekretär der Sowjetmission in Estland, nahm dann an Verhandlungen mit England teil, wurde 1922 Sowjetgesandter in Litauen, später Geschäftsträger in Peking, Legationsrat an der Pariser Botschaft, Gesandter in Teheran und Athen. In Warschau steht Dawtian nunmehr auf einem für die Außenpolitik der Sowjetunion bedeutsamsten Posten.

Wechsel in der Auswärtigen Senatsabteilung.

Am 5. April hat Senatsrat Boettcher die Leitung der Auswärtigen Abteilung des Danziger Senats übernommen. Der bisherige Leiter, Oberregierungsrat Dr. Ferber, der seit einiger Zeit erkrankt ist, scheidet aus dem aktiven politischen Dienst aus. Boettcher hat bereits an verschiedenen Verhandlungen mit Polen mitgewirkt. Er war mehrere Jahre hindurch Mitglied des polnischen Generalkonsulats in Hamburg. (Bekanntlich hat Danzig, dessen außenpolitische Interessen durch das Warschauer Außenministerium wahrgenommen werden, eigene Vertreter bei den polnischen Auslandsvertretungen zu unterhalten. Von diesem Recht hat Danzig nur in einem Falle, nämlich Hamburg, Gebrauch gemacht.) In letzter Zeit hat Senatsrat Boettcher die Personalabteilung des Danziger Senats geleitet.

Der Ostpreußensondertarif.

Die Deutsche Reichsbahn hat mit Wirkung vom 1. Mai den bereits angekündigten Ostpreußensondertarif eingeführt. Es werden Ostpreußenrückfahrkarten ausgegeben, die sowohl in Ostpreußen zur Reise nach dem übrigen Deutschland wie in umgekehrter Richtung über die polnischen Durchgangsstrecken gelten. Die Ermäßigungen betragen von 201—800 Kilometer Fahrstrecke 40 v. H., von 801—1000 Kilometer 50 v. H. und von 1001 Kilometer an 60 v. H.

Der alte York.

Es war im Hochsommer 1815! Siegesglocken läuteten über deutschem Lande. Zum zweiten Male war Napoleon zur Ergebung gezwungen worden, zum zweiten Male hatte Blücher seinen Einzug in die Korsen-Hauptstadt gehalten. Auch in Warmbrunn, wo man soeben die frohe Kunde erhalten hatte, war ein festlich Wogen. Jubel und Freude stand auf allen Gesichtern.

Nur droben in dem einfachen Hause am Marktbrunnen, wo der General v. York Wohnung bezogen hatte, waren alle Fenster verhängt. Eine düstere Stille herrschte dort . . . kein Laut . . . keine Freude des Sieges. Müde hatte sich der alte Feldherr in den Sessel geworfen, stützte den Kopf in beide Hände. Ein Stöhnen entrang sich seiner Brust. Kannte des Schicksals Grausamkeit denn kein Erbarmen? Alles hatte er ertragen . . . Ruhm und Ehre, mehr noch Undank, Kummer und Bitterkeit. Er, der immer hart und offen seine Ansicht gesagt hatte, wußte wenig Freunde, sah sein Verdienst um die Heimat immer wieder von Höflingen und Neidern niedergezogen. Jüngere Generäle wurden in Truppenführung und Kommando höher geehrt als der Mann von Tauroggen. Seine Auszeichnungsvorschläge und Bitten fanden selten Gehör, da er des Höflings Geschmeidigkeit nicht kannte. — Doch was war das alles gegen das „Heute"?

Vor ihm der Brief des Freundes, vor ihm die düstere Nachricht, die ihm als ein Todesurteil erschien. Sein Sohn war bei St. Germain tödlich verwundet worden. — Unter Verachtung aller Protektion war der Jüngling als einfacher pommerscher Husar mit gen Frankreich gezogen, hatte unter Sohr jenes unglückliche Gefecht bei Paris miterlebt. Bei dem Versuch, sich durchzuhauen, wurde er von französischen Dragonern umzingelt; man bot ihm Pardon. Doch der feurige Jüngling erwiderte stolz: „Nein! Niemals! Ich bin ein York!" Lachte und fiel.

Knarrend und übellaunig schlug im Zimmer die Uhr. Von draußen klang der Jubellaut der Menschen, die ein Körnerlied sangen. York stöhnte tief auf: „Unnütz ist alles Ringen! Jede Hoffnung endet in nächtlicher Dunkelheit!" —

Drei Monate später! Der König hatte dem alten General befohlen, den Zaren Alexander an der österreichischen Grenze Schlesiens zu empfangen. York biß die Zähne zusammen. Gerade jetzt, wo er aus Frankreich des Sohnes Leiche erwartete, kam ihm der Befehl bitter unwillkommen. Doch der alte Eisenkopf war nicht gewohnt, die Pflicht dem Eigenleben unterzuordnen.

Bei der Einfahrt in Liegnitz saß York neben dem Russenkaiser im offenen Viergespann. Schweigend starrte er über die Pferdeköpfe hinweg nach vorn, wo eine schwarz verhangene Kalesche fuhr. Kaiser Alexander, der den alten Feldherrn sehr schätzte, wollte ihn ermuntern und bemerkte mit leichter Betonung:

„Exzellenz! Der York von Tauroggen war ein Schweiger, der berühmte Sieger von Wartenburg aber sollte den Frohsinn erlernt haben!"

Wie erwachend, faßte der alte Eisenkopf sich an die Stirn, seine Stimme hatte einen blechernen Klang:

„Majestät! In der Kalesche dort fährt man die Leiche meines Sohnes!" —

Vier Jahre vergingen. Die furchtbare Wunde, die York durch den Tod des Sohnes geschlagen worden war, begann zu vernarben. Er sah seiner Tochter Glück, die, mit einem Grafen Hoverden vermählt, in Klein-Oels bei dem Vater ihr Kind erwartete. York hing mit hingebender Liebe an ihr, schenkte ihr das Gut Scheibitz, leitete selbst die Einrichtung des kleinen Herrenhauses.

Es war am 2. Dezember 1819. Mit unruhigen Schritten ging York in dem saalartigen Familienraum des Klein-Oelser Herrenhauses auf und ab. Eine ahnungsvolle, düstere Unrast hatte ihn ergriffen. Nachdenklich verhielt er vor einer waffengeschmückten Fensterwand. Da hingen Degen und Schärpe seines Vaters, des Grenadierkapitäns, den der große König mit dem Pour le mérite ausgezeichnet; da war der blutverkrustete Säbel seines gefallenen Jungen, geziert mit dem einfachen, schwarzgerandeten Eisenkreuz; da hing auch sein Degen, den er als junger Leutnant schon unter dem großen König geführt, am Kap der guten Hoffnung im Kampf für die Holländer getragen, der ihm vom Blücherschen Rückzug anno 1806 über Tauroggen, an der Katzbach, bei Wartenburg und Laon Gefährte gewesen. Und York stöhnte: „Alles vorbei, zur leblosen Wandzier geworden, vergangen und kraftlos! So sind auch die Hoffnungen, die ich einst in Willen und Stolz genährt, zu wesenlosen Schatten geworden!"

Ein alter Diener trat ein. Aufrecht und beherrscht schritt York zum Zimmer seines Kindes. Es war eine große Hoffnung in ihm. — Um Mitternacht war seiner Tochter Gemach zum Sterbezimmer geworden. York hatte sein zehntes Kind verloren. Als er die Stube verließ, brach er zusammen.

Von diesem Schlage vermochte er sich nicht mehr zu erholen. Drei Monate erschien ihm sein Kind noch im Traum, dann kam es nicht mehr. Und jetzt erst traf ihn das volle Empfinden seines Verlustes. Alt und verbittert klagt er:

„Sogar die Schatten meiner Kinder verlassen mich! Und ich habe doch auch die Sechziger hinter mir! Ich ersehne die Ordre zum Abmarsch, bin müde und hab' langes Tagwerk getan!"

Über zehn Jahre mußte der vereinsamte, alte Feldherr noch warten, bis er endlich am 4. Oktober 1830 im Grabgewölbe zu Klein-Oels an der Seite der Seinen die ersehnte Ruhe fand.

Gerhard von Gottberg.

Der Jünger.

In dem Jahre, da man allenthalben in der Welt mit Messen und Sinfonien, mit Quartetten und Sonaten das Gedächtnis des vor hundert Jahren verklärten Beethoven feierte, machte sich eines Morgens der hochbetagte Schulmeister des ärmsten deutschen Dorfes im Norden der Kurischen Nehrung auf die Wanderung, um in vier langen Tagesmärschen die Stadt zu erreichen, in der ein großer und weitbekannter Pianist die vier letzten Sonaten des Toten einer frommen Gemeinde darbieten wollte.

Der Schulmeister, obwohl von Kind an ein sonderlicher und weltabgewandter Mensch, hatte sich trotzdem mit den Widerständen des Lebens nicht ohne Erfolg abgefunden, bis die politische Verworrenheit seiner Heimaterde und der Tod seines Vaters, dessen Schuldenlast er übernahm, ihn aller bescheidenen Behaglichkeit beraubt und ihn in eine Dürftigkeit versetzt hatte, die kaum mehr als Bank und Bett ihr eigen nannte. Seine Redlichkeit hatte beim Verkauf seiner Habe nichts festgehalten als die vielfach vererbten und gänzlich zerlesenen Klavierwerke eben Beethovens, und am Beginn seines neuen Lebens stand er da wie ein Mensch, dem sie die Hände abgeschlagen, weil er nach dem Verlust seines alten und zerspielten Flügels sich ihrer gar nicht mehr bewußt war.

Doch hatte er mit der stillen Heiterkeit der geistlich Armen auch dieses ertragen, des Unverlierbaren eingedenk, das er an Worten Gottes und weniger Menschen und an ihren Melodieen besaß, und ein ganzes Jahr lang Pfennig auf Pfennig gelegt, bis er, nicht ohne Gewissensbisse, die beseligende Konzertkarte in seiner Tasche trug.

So schritt er denn, nachdem er die Fischerkinder in die Ferien entlassen hatte, in dem langen Rock seines Großvaters und den schweren Schuhen seines rauhen Landes die sanft sich begrünende Nehrung hinab, die Hände auf dem schon gebeugten Rücken und das graue, bis auf den Rockkragen reichende Haar vom Winde leise gerührt. In den wenigen, gleichsam auf einen dünnen Faden gereihten Dörfern fand er Speise und Unterkunft bei seinen Amtsbrüdern, gelangte ohne Behinderung über die Grenze und traf so, ermüdet aber mit hellem, inneren Leben, am Abend des vierten Tages vor der Konzerthalle ein, als die ersten Besucher sich gerade zögernd zum Eintritt sammelten.

Ein wenig verwirrt von dem Glanz des Saales und seiner Menschen, der nach dem einsamen Wandern zwischen Himmel und Meer ihn doppelt bedrückte, saß er dann in der ersten Reihe des Raumes, die Hände gefaltet und den Blick mit lächelnder Wehmut auf den drohenden Glanz des Flügels gerichtet, der in unerbittlicher Strenge seine Form über das leere Podium hob, einem Heiligtum gleich, das des Priesters wartet. Wohl streifte ihn mancher verwunderte Blick, da seine Erscheinung einer vergangenen Zeit zuzugehören schien, doch erstarb jedes Lächeln auf spöttischen Lippen, wenn unter der reinen Stirn die Augen eines Kindes sich aufschlugen und mit sanfter und fast demütiger Frage sich zu den Neugierigen wendeten.

Und dann stand der Geist des Toten auf, und der Atem seines Mundes ging über die tief gebeugten Häupter. Es war nun nicht mehr als brennten die hundert Kerzen im Saal mit dem milden Licht einer menschlichen Erde, sondern als schimmerten die Sterne eines ungeheuren Weltenraumes hoch aus dem Unermessenen, und über ihrem kalten Glanze beginne und vollende sich, was zwischen Chaos und Schöpfung liege. Das Vergessene wie das nie Gewußte hob sich aus dem Dunkel und der Sage: das Lächeln des Kindes, das ihnen ferne war, und der Zorn des Gottes, der die Erstgeburt schlug, der Gram der Könige und der Schrei eines Vogels über herbstlichem Wald. Sie saßen gebeugt wie zu den Füßen des Sinai, im Staub und Dunkel einer Wüste, und über ihnen loderte der Dornbusch im Feuer, und Gottes Hand schlug an die ehernen Tafeln, und der erzene Ton unwandelbarer Gebote stürzte über sie nieder wie ein Strom von glühender Lava. Und sie verbrannten in ihr, ohne Grauen und ohne Schmerz, weil sie zu Gottes Füßen lagen.

Als es zu Ende war, die Töne wie der Jubel des Dankes, und der Saal sich verdunkelte, saß der Schulmeister noch immer auf seinem Platz, die Augen aufgehoben zu der nun schweigenden Schwärze des Flügels, der verstummt war gleich einem mächtigen Toten, aus dessen Antlitz es nur noch nachleuchtet wie von einem Gewitter. Er hätte kaum selbst zu sagen vermocht, was durch ihn gewandelt sei in dieser heiligen Zeit, ob das Dampfen der Düne vor seinem sterbenden Dorf, oder der Schrei des Meeres oder das Bild seiner leeren Stube, an dessen dunkle Fenster der Tod sich stahl. Er wußte das alles nicht. Nur daß ein Schwert seine Seele durchbohrt hatte wie jener Mutter Gottes, das glaubte er zu wissen. Und daß es schön sein würde, nun ganz allein unter den Sternen die Düne entlangzugehen, immer weiter nach Norden, über die Grenze in ein fremdes Land, und doch ohne Grenzen erfüllt von diesen Tönen, die alles bedeckten, was Menschenhand erfand. War nicht auch jener arm gewesen und einsam in dunklem Gemach? War er nicht taub gewesen und ein Gast des Himmels wie der Hölle? Und alles was er besaß, war es nicht in die Wurzel seines Baumes hinabgesunken, während die Blätter starben und die Zweige verwehten?

Er lächelte, als der Saaldiener ihn zum Gehen mahnte, ein etwas trauriges aber nicht bitteres Lächeln, und mit demselben Lächeln ging

er den langen, einsamen, sturmüberbrausten Weg zu seinem Dorfe zurück. Er ließ sich nun mehr Zeit als vorher, und allabendlich, bevor er zu den Dörfern niederstieg, stand er eine Weile auf dem Kamm der Düne, wo Haff und Meer sich grau und weit erstreckten und der Sand wie Säulen über die bleichen Berge schritt. Er blickte vor sich hin nach Norden, wo das Leuchtfeuer seines Dorfes über dem grauen Wasser stand, und sah sein Leben sich neigen zwischen jenen Bergen, wo der Wind den Sand von den Särgen trieb und der Elch in den Nächten über die Dünen schrie. Er stand da, ein wenig gebeugt, das Haar über die Stirn geweht und die Hände auf dem Rücken zusammengelegt, nicht unähnlich dem großen Toten, von dessen Gedächtnis er kam und dessen Klänge gleich einer Flamme ihn wärmend erfüllten. Aber über dies hinaus trug er von jener Feier etwas Köstliches mit sich heim: ein untrügliches Bewußtsein, daß dort in jenem glänzenden Saal unter dem Brausen der Melodien eine kühle Hand sich auf die seine gelegt hatte, als neige sie sich zu den geflüsterten Worten: „Mein Bruder ... auch du bist von Gott ... auch du ...“

Die Fischer des einsamen Dorfes aber, die um die Mitternacht zum Fang hinausgingen, verhielten den Schritt, als sie in ihres Schulmeisters Stube wieder ein Licht erblickten, traten näher im tiefen Sande und sahen ihn wieder vor dem hölzernen Brett sitzen, das jedem Kinde ehrfürchtig bekannt war und das doch weder Saiten noch Töne besaß, sondern nur mit schwarzem und weißem Papier gleich Tasten beklebt war. Darüber stand neben einer niedrigen Kerze ein zerrissenes und vielfach geklebtes Notenheft, und davor saß der Schulmeister mit geneigter Stirn, und seine alten, schon etwas unruhigen Hände glitten in demütiger Bewegung über das starre Holz, es hier sanft streifend, dort lange wie nachklingend verharrend, während sein Ohr den unhörbaren Tönen nachlauschte und um seine Lippen die Gebärde des Rufers war, der am Ufer eines breiten Stromes steht, während jenseits der rauschenden Wasser eine andere Stimme erklingt und die Worte, fern und verschleiert, eine schwanke Brücke bilden, über deren Bogen Frage und Antwort verwehend wechseln.

Ernst Wiechert.

Fahrt durch Masuren.

Der D-Zug trägt uns durch den Korridor. Der Raum, den wir durchfahren, ist einst durch die deutsche Arbeit von Jahrhunderten der Kultur erschlossen worden.

Oder wollen wir uns über die Wogen der Ostsee nach Ostpreußen tragen lassen? Nur kurze Wochen noch, und die weißleuchtenden Motorschiffe des Seedienstes Ostpreußen, Wunderwerke der Technik, führen uns und mit uns Tausende von Travemünde, Warnemünde oder Swinemünde nach Zoppot oder Pillau.

Da öffnet sich uns ein starkes, herbes, schönes Land: der nordöstlichste Teil der Ostmark, Ostpreußen.

Alte Ordensherrlichkeit wird lebendig: in gotischen Domen, in Schlössern und Giebelhäusern aus Backstein. Aber es ist kein Land beschaulicher Romantik, das uns empfängt, sondern ein Land der Mühen und Kämpfe. Über Ostpreußen fegte immer wieder der Feindsturm; immer wieder blutete es, immer wieder baute es auf. Seine Bewohner wurden hart, in unverwüstlicher Kraft, in zäher Bereitschaft, in unerschütterlichem Glauben. Auch der Humor hat hier seine gute Statt, und hast du dir das Herz des ostpreußischen Menschen einmal gewonnen, so gehört es dir für immer. Der Ostpreuße ist treu.

Das Land der 3000 Seen tut sich vor uns auf. Überall singt und klingt es, und das Pausenzeichen des Ostmarken-Rundfunks (der „Orag“) prägt das Masurenlied jedem ein:

> „Wild flutet der See,
> drauf schaukelt der Fischer in schwankendem Kahn;
> Schaum wälzt er wie Schnee
> von grausiger Mitte zum Ufer hinan.
> Wild fluten die Wellen auf Vaterlands Seen, wie schön!
> O tragt mich auf Spiegeln zu Hügeln, Masovias Seen!“

Heute gleiten nicht nur die Fischerboote und die Sportboote der Ruderer und Paddler, sondern auch viel schlanke Segler und flinke Motorboote über die inselreichen, unendlichen Wasserflächen.

In das Gebiet der Endmoränen sind die Tausende der Seen eingebettet. Urwälder kränzen zuweilen die Ufer, tief schneiden sich die Windungen der Flüsse in das Land, seltsame Wasservögel steigen auf, hier brütet der Wildschwan, verträumte Inseln locken, Seerosen und Orchideen zaubern fast unwirkliche Bilder, und wer einmal im Sturm über den Spirdingsee, den Löwentin- oder den Mauersee fuhr, wer den Sonnenuntergang am Niedersee erlebte oder hoch über dem Schwenzaitsee am Kreuz des Heldenfriedhofes in die einzigartige Landschaft Masurens blickte, bleibt ihr verbunden, für immer.

Der Reisende, der von Berlin kommt, hat auf direkter D-Zug-Strecke, ohne Paß- und Zollrevision, in achtstündiger Fahrt das alte Marienburg erreicht und strebt nun Masuren zu. Allenstein berührt er; eine lebendige Stadt mit reizvollen Bildern, 600 Jahre alt, mit wuchtigem Schloß, gotischen Remtern und Sterngewölben. Hier residierte von 1516 bis 1521 als Statthalter des Domkapitels der Domherr Nikolaus Kopernikus; astronomische Zeichnungen an den Wänden sollen von ihm herstammen. Das Leben ganz Südostpreußens pulst in Allenstein zusammen. Es ist heute eine der stärksten Garnisonen des Reiches. Das Abstimmungsdenkmal, ein Rundbau von 11 Pfeilern, die den 11 Kreisen des Abstimmungsgebietes entsprechen, und durch einen Ring verbunden sind, erinnert an den 11. Juli 1920, als in diesem Gebiet 363 209 Menschen für Deutschland und nur 7980 für Polen stimmten. „Wir bleiben deutsch!“ So ruft die Inschrift des Denkmals das Bekenntnis ostpreußischer Treue in die Welt hinein.

Nun fährt der Zug nach einem der Orte, von wo aus wir unsere Wanderung beginnen wollen, nach Cruttinnen, Angerburg, Lötzen, Nikolaiken, Rudczanny oder Johannisburg. Hier sind wir mitten im Masurischen Seengebiet — hier auf dem Schauplatz der Kämpfe 1914 bis 1915, der Masurenschlacht. Es ist ein Land der Lebenden und der Toten. Der Deutsche Ritterorden, dessen Burgen uns überall als Zeugen und Zeichen seines kolonisatorischen Willens grüßen, erwarb in Kämpfen mit den Pruzzen dem Deutschtum diesen Boden. Von hier flammte immer wieder der Aufstand gegen den Orden hoch. Nicht weit entfernt wurde die erste Tannenberger Schlacht geschlagen, 1410, in der Untreue über Treue siegte. Grauenvolle Tatareneinfälle verwüsteten das Land, dessen Menschen ungezählte Male zu Tausenden, Zehntausenden in die Sklaverei verschleppt wurden. Bis die Russenflut 1914 kam und Hindenburg in einem zweiten Tannenberg und in der Winterschlacht Ostpreußen befreite.

Wir steigen in Johannisburg in das Motorboot ein; stundenlange ruhevolle Fahrten sind uns geschenkt. Zuweilen gleiten wir durch enge Kanäle, von deren Ufern uns fast die Zweige der Weiden streifen, und dann wieder weiten sich gewaltige Flächen. Haben wir den Niedersee mit all seinen lauschigen Schönheiten hinter uns, so wird Rudczanny der Ausgang für neue Fahrt. Unabsehbar gleiten wir, immer weiter, weiter, bis der ungeheure Spirdingsee gleich einem Meer sich auftut, dessen Wogen im Wind gewaltig an den Bug unseres Schiffes schlagen. Hinter uns der Beldahn, ein schmaler Rinnsee, vor uns das Talter-Gewässer. Und nun steuern wir, während vom Lande her erntende oder ackernde Menschen winken, den Löwentinsee entgegen, bis wir in Lötzen Station machen. Lötzen, weltberühmt geworden in dem großen Krieg, als Oberst Busse die umschlossene Feste Boyen heldenhaft und erfolgreich verteidigte. Die Kriegszeit ist hier, in dieser Außenbastion des Reiches, noch greifbar; die Heldenfriedhöfe und das Heimatmuseum, aber auch die Menschen erzählen davon, und sie erzählen mit Lachen von mancher Kriegslist, und wie das Lötzener Kanonenboot, ein kleines Dampferchen, mit einer Feldkanone bestückt, die Russen täuschte und schreckte und tüchtig bei der Verteidigung half. Herrliche Forsten um die Stadt laden ein, ein Kammweg bietet Ausblicke über die Seenplatte im Süden und Norden der Stadt.

Unvergeßlich wird nun die Fahrt über den Mauersee sein, der wieder wie ein Meer erscheint in seinen riesigen Ausmaßen. Ob Sonne über dem See leuchtet oder grauer Regensturm ihn aufpeitscht — immer ist er wundersam, denn immer zeigt sich ostpreußische Schönheit, in lichter Reife oder in schwerer, nordischer Herbheit.

Wer kann Angerburg vergessen, das uns nun aufnimmt? Wir haben das Boot verlassen und wandern den Hügel empor, wo auf einer Berghöhe, hoch über dem Schwenzaitsee der eindrucksvollste aller ostpreußischen Heldenfriedhöfe liegt. Um ein mächtig emporragendes Kreuz, umbuscht, umwaldet, umgrünt und umblüht, reihen sich die Gräber, Deutsche und Russen bergend, mit Namen auf den Kreuzen, zumeist aber die unbekannten Soldaten des Weltkrieges, Freund und Feind in deutscher, sieghaft geschirmter Erde. Keine Worte vermögen den Eindruck dieser Stätte zu schildern, die ein heiliger Wallfahrtsort unserer Jugend werden sollte.

Soll uns das weiße Schiff nun zu der schattigen Waldinsel Upalten tragen, zu ihren Ulmen und uralten Eichen? Oder wandern wir zum Waldhaus Jägerhöhe mit seinem in Deutschland fast einzigartigen modernen Gästeheim, am Seestrand gelegen, so schön, so im besten Sinn modern, daß der Fremde kaum glauben kann, im fernen, angeblich kulturlosen Osten zu sein? Hier ein paar Tage rasten zu dürfen!

Oder zieht es uns nach Goldap und seinen Seen, oder in die mächtige Rominter Heide, wo uns unmittelbar neben dem Jagdhaus des Kaisers gastlichste Unterkunft wird, von wo aus wir den Forst durchstreifen können, der heute noch in seinem 120 000 Morgen großen Gebiet Dam-, Reh-, Schwarz- und neuerdings auch Elchwild birgt?

Ob der Frühling leuchtet, der Sommer über Masuren träumt, ob der köstlichste Herbst unsagbaren Farbenzauber schenkt oder der weiße Winter zu Schlaf und Eissegeln ruft — immer ist das Land wie ein Märchen. Ein Märchen nicht nur voll Schönheit, sondern auch voll deutscher Kraft, voll Liebe der Menschen zu ihrer Heimat, zu dem umkämpften Boden. So ist es nicht nur das Märchen einer herrlichen Landschaft, sondern auch das Erlebnis starker Gegenwart mit seinem Ringen, Hoffen und unablässigen Arbeiten, das die erste Arbeitsschlacht gewann und das Deutsche aus allen Gauen hierher ziehen wird, als Siedler oder als Arbeiter. Aber auch die sollen kommen, denen eine kurze Zeit des Ausspannens geschenkt wird. Dankbar sind die Bewohner des Landes, wenn sie sich verbunden wissen mit dem durch den Korridor getrennten Mutterland, wenn sie die Bereitschaft Deutschlands für Ostpreußen, wenn sie wirtschaftlich Hilfe durch den Besuch der Gäste erfahren. Keiner wird von diesem Lande scheiden, der nicht froh und stolz zurückdenken könnte an nordische Einsamkeit und Schönheit. Keiner wird heimkehren aus diesem Land der Kraft und des Glaubens, ohne tiefste Bereicherung zu spüren. Und jeder wird gerade hier das Wunder des nationalsozialistischen Aufbaus erleben, der das Wort zur Wahrheit macht: „Der Tag für Freiheit und für Brot bricht an!“

Dr. Franz Lüdtke.

Ostdeutsches Bauerntum.

Neben manchen Wesenszügen, die der Bauer der Ostmark z. B. mit dem niedersächsischen, dem mittel- oder dem süddeutschen gemeinsam hat, zeigt die Struktur des ostdeutschen Bauerntums doch manches, das für den schollenverbundenen ländlichen Menschen der Ostmark charakteristisch ist, und das man in dieser Art und Ausprägung nur auf ostdeutschem Boden findet. Die Geschichte der Ostmark zeigt, daß fast alle deutschen Stämme an der Bildung des ostdeutschen Menschen, besonders des bäuerlichen, beteiligt gewesen sind. Sehr stark war der niederdeutsche Blutseinschlag; deshalb lassen sich viel im Grunde typisch niederdeutsche, niedersächsische Züge, die im Laufe der Zeit wieder eine besondere Färbung bekamen, im Wesensbild des ostdeutschen Bauerntums aufzeigen. Dazu ist hauptsächlich das Zähe, das Nüchterne, das Scharfe des ostdeutschen Bauern zu rechnen, oft auch die bäuerliche Verschlagenheit. Man kann auch deutlich zwei Gesichter bei dem ostmärkischen Bauern feststellen: ein dunkles, mißtrauisches, manchmal feindliches und böses und ein helles und offenes, tagfrohes und gutes. Die Zwiespältigkeit der deutschen Seele, die Versponnenheit besonders des niederdeutschen Menschen, der Blick hinter die Dinge, alles wieder durch Landschaft, Umwelt, Zeit und geschichtliches Geschehen auf ostdeutschem Boden besonders gefärbt, zeigen sich auch deutlich im ostdeutschen Bauerntum. — Ostdeutscher Bauer sein, das hieß von je: Hüter und Verteidiger der Scholle zu sein, auf Grenzwacht zu stehen, immer zu Kampf und Abwehr bereit sein. Das prägte tiefe Züge in das Wesensbild dieses bäuerlichen Menschen. Ostdeutschland — der Kolonisationsboden für die überschüssigen guten Kräfte der enggewordenen, alten, westlicheren deutschen Heimat, — durch Kampf erworben, mit saurem Schweiß getränkt, durch harte Arbeit aus Sumpf, Wald, Einöde in fruchtbares Ackerland umgeschaffen und damit rechtmäßiger Besitz geworden, war und blieb ein herbes Land, war und blieb immer umdroht und umstritten und wirds auch in Zukunft sein.

Darum brauchte es nicht nur harte Hände, die den Pflug zu führen verstanden, und zur rechten Zeit auch zum Schwert greifen konnten, sondern es verlangte auch Weite des Blickes, Willensstärke, Tatbereitschaft und Zukunftsglauben. Der ostmärkische Bauer mußte das Ererbte immer von neuem erwerben; das machte wägend und kühl, hart und fest.

Man wußte um den Wert der Scholle, des Werkes der Väter, so prägte sich ein starker konservativer Zug aus. Doch das heißt nicht: verstaubt sein und aus purem Eigensinn am Alten festhalten, weil es eben das Alte ist! Der konservative Wesenszug ostdeutschen Bauerntums schließt rechtes Vorwärtsstreben nicht aus; ist doch der vielverkannte deutsche Osten zur rechten Zeit oft sehr „modern" und wagemutig gewesen. Dafür sorgte schon die stete Bedrohung durch feindliches slawisches Volkstum.

Daraus entwickelte sich auch ein starkes politisches Gefühl, eine scharf geprägte Einstellung auf das Ganze, auf den Staat, ein lebendiges Gemeinschaftsgefühl, das oft in eigenartigem Kontrast zu dem Hang zur Einsamkeit und Eigenwilligkeit steht. Daß nur die blutverbundene fest verknüpfte Gemeinschaft die großen Aufgaben der Zeit meistern kann, hämmerte die Geschichte dem ostdeutschen Bauern oft besonders tief ein. — Die Gemeinschaft wird aber nur dann ihre Aufgaben lösen können, wenn jedes Glied sich gehorsambereit eingliedert und rechtem Führertum folgt. Gehorsam zu sein der höheren Aufgabe, dem höheren Ziel der Gesamtheit, das ist auch ein Wesenszug ostmärkischen Bauerntums. — Kämpfertum und Selbstbewußtsein, und Trotz, williges Eingliedern und Einfügen, dunkles Vorwärtsdrängen und kühles Wägen und Beharren, an sich Gegensätze, und doch wiederum zu einem Neuen umgeschaffen in ostdeutschem Bauerntum, das hart um sein Dasein ringt!

Julius Bansmer.

Buchbesprechungen.

Rheinland-Westfalen und die Deutsche Hansa. Von Prof. Dr. Fritz Rörig. Herausgegeben von der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde. · Peter Hanstein Verlagsbuchhandlung, Bonn 1933. 26 Seiten. — Ein Vortrag, der auf der 50. Jahrestagung der genannten Gesellschaft gehalten wurde. Rörig zeigt, wie rheinisch-westfälische Städte, insbesondere Köln, am baulichen und rechtlichen Werden Lübecks teilnahmen, wie Lübeck zum östlichen Vorposten Altdeutschlands, die mächtige Mittlerin zwischen den alten Städten des Niederrheins und den Pflanzstätten deutschen Wirtschafts- und Geisteslebens im Ostseeraum wurde. Lübeck — Wisby — Riga ist die Hochstraße der hansischen Machtentfaltung. Es sind Menschen desselben Blutes, oft Glieder derselben Familien gewesen, die als Kaufherren und Ratsherren in Köln, Soest oder Dortmund, in Lübeck oder auf Gotland, in Danzig, Riga, Dorpat oder Nowgorod saßen und handels- und machtpolitisch die Länder um Nord- und Ostsee miteinander verbanden.

Dr. K.

Das Auslanddeutschtum des Ostens. 7. Band der Auslandsstudien, herausgegeben vom Arbeitsausschuß zur Förderung des Auslandstudiums an der Albertus-Universität zu Königsberg i. Pr. Verlag Gräfe und Unzer, Königsberg i. Pr. 1932. 176 Seiten. Brosch. 5 RM. In diesem Bande sind Vorträge zusammengefaßt, die Anfang 1931 von dem genannten Arbeitsausschuß veranstaltet wurden. Friedrich Baethgens zeigt den Weg des deutschen Volkes in den Osten. In klarem Überblick, der sich ausgezeichnet als Vorbild für ähnliche Vorträge über dieses Thema eignet, greift er die wesentlichen Momente der germanisch-deutschen Durchdringung des Ostens heraus, zeigt deren treibende Kräfte, sichtbarste Etappen und bleibende Wirkungen. In einem Vortrage über die deutsche Stadt in Polen wird von Leo Bruhns dieser Überblick durch eine Sonderdarstellung ergänzt: Krakau und Thorn als zwei in Wesensart und Entwicklungsgang verschiedene Typen deutscher Städte im Osten werden hier lebendig und geistvoll geschildert. Über das baltische Deutschtum in Vergangenheit und Gegenwart berichtet Hans Rothfels. Er erörtert insbesondere die bauernfreundliche Politik, den Verzicht auf Germanisation und das Bewußtsein einer geschichtlichen Mission als die schicksalsvollen Wesenszüge des baltischen Deutschtums. Im Spiegel der sudetendeutschen Literatur entwirft Josef Nadler ein lebensvolles Bild des sudetendeutschen Menschen, der dreimal im Laufe seiner tausendjährigen Geschichte nahe daran war, endgültig und völlig vom böhmischen Raume, dem politischen Herzen Europas, Besitz zu ergreifen: unter Karl IV., nach der Schlacht am Weißen Berge und unter Josef II. In den Donauraum führt Karl C. von Loesch mit seinem Vortrage über das Deutschtum als Kulturträger in Südosteuropa. Und schließlich behandelt Hans Mosberg das Minderheiten- und Agrarrecht in Polen. Die Arbeiten, die so verschiedene Themen behandeln, werden durch einen gemeinsamen Gedanken zusammengehalten, dessen Berechtigung wir täglich neu erleben und den — wie es scheint — so viele in Deutschland noch nicht erkannt haben — und den Josef Nadler am Schluß seines Vortrages mit den Worten ausdrückt: „Die Ostgrenze des deutschen Volkes wird als Ganzes stehen oder als Ganzes fallen. Sollte je einmal der Tag erscheinen, da das tschechische Volk überall den Hochkamm des böhmischen Grenzwalles erstiegen hätte, ein Ereignis, das es bisher in der Geschichte Mitteleuropas noch nicht gegeben hat, dann hätte wie für Österreich, so für Schlesien und für Ostpreußen eine neue Stunde, und keine verheißungsvolle, begonnen . . ."

Dr. K.

Bücher zur deutschen Kulturgeschichte und Volkskunde. Mit Freude dürfen wir feststellen, wie nicht nur die Forschungen zur deutschen Volkskunde und zur Geschichte unserer Kultur immer weitgreifender werden, sondern wie auch das lebendige Interesse unseres Volkes selbst an den Ergebnissen dieser Forschungen wächst. Mit Staunen und Ehrfurcht spürt der deutsche Mensch, wie sehr er mit der Vergangenheit seines Volkes verbunden ist. Unzählige Gebräuche, die auf uralte Zeiten zurückgehen, sind unvergessen geblieben. Die Jahrzehnte des Materialismus, des Kitsches und des völkischen Niederganges sind dahin. Der Deutsche wird wieder stolz auf seine große germanische und arische Vergangenheit, auf der er die Zukunft aufbauen will. Blut und Boden sind keine toten Begriffe mehr. Wir empfinden den ewigen Heroismus unseres Volkes. Mit Spannung und Anteilnahme greifen wir daher zu solchen Werken, die uns das Erbe unserer Ahnen erschließen.

Ein wesentlicher Wegweiser zur **„Urgeschichte des deutschen Volkes"** ist das (bei Julius Beltz, Langensalza) soeben erschienene Werk von August Meier-Böke. Tausende von Jahren erstehen vor uns, die Denkmäler über und unter der Erde, die Sagen und Märchen, die Ursprache der Deutschen, die Epochen der urgermanischen, früh-, hoch- und spätgermanischen Zeit werden erforscht und gedeutet. Das Werk will nicht nur belehren, sondern bilden und erziehen. Das außerordentlich reich geschmückte Buch sei namentlich unseren Lehrern empfohlen! (Preis 3,80 RM.)

Eine umfangreiche, zweibändige **„Deutsche Kulturgeschichte"** veröffentlicht Prof. Dr. Friedrich Zoepfl im Verlag von Herder, Freiburg i. B. „Kultur ist Erbe, Anrecht und Beruf des Menschen. Im Mittelpunkt der Kulturgeschichte steht daher nicht eine Fülle toter Dinge, sondern der Mensch." Von diesem Grundsatz aus schafft der Verfasser ein lebensvolles Bild der deutschen Kultur der letzten beiden Jahrtausende. Wenn wir auch in manchem, so in der Wertung des Frankenkaisers Karl, anders denken als der Verfasser, so bietet er uns doch so fesselnde Schilderungen, daß wir sein mit fast 600 Bildern ausgestattetes Werk als eine Fundgrube kulturgeschichtlichen Stoffes dankbar anerkennen müssen.

Ein gerade heute hochwillkommenes Werk: **„Die deutschen Familiennamen"**, hat Prof. Dr. Paul Cascorbi neu herausgegeben. (Halle a. S., Buchhandlung des Waisenhauses, Preis 13,50 RM.) In einem einleitenden Abschnitt wird die Entstehung der deutschen Familiennamen aus geschichtlichen, geographischen und sprachlichen Ursachen heraus behandelt. Wie entstanden unsere Namen? Was bedeuten sie? Gerade heute, da die Sippenforschung jedermanns Herzenssache werden muß, ist es wichtig, die Bedeutung unserer Namen zu kennen. Für völkische Schulungsarbeit wird das vorliegende Werk, das Tausende von Familiennamen behandelt und erklärt, die besten Dienste leisten.

Dr. Franz Lüdtke.

Krieg der Deutschen. Von Franz Schauwecker. Aus Deutschlands Werden, Heft 11/12. Gustav Schloeßmanns Verlagsbuchhandlung, Leipzig und Hamburg 1933. 32 Seiten 0,45 RM. — Schauwecker zeichnet in Augenblicksbildern den Krieg, nicht wie ihn ein einzelner, sondern wie ihn die Millionen an der Front erlebt haben. Hunger, Kameradschaft, Sterben, Marschieren, Grübeln, Dreck,

Trommelfeuer, Angriff — und früher oder später ahnten es alle, daß das alles ein Erlebnis war, das irgendwie für Deutschland einmal eine zukunftsgestaltende Bedeutung haben mußte, daß aus den Gräben und Trichtern einmal ein neues Deutschland aufstehen würde. „Die zwei Millionen Toten haben unausgesprochen einem Glauben gelebt, und in diesem Glauben sind sie gestorben. Sie waren außerstande, ihrem Glauben einen anderen Ausdruck zu geben als nur den einen: Deutschland."

Aus der Arbeit des BDO.

Der Bund Deutscher Osten veranstaltete durch seine Untergruppe Mittelfranken vom 22. bis 24. März einen Ostschulungskurs in Nürnberg. Dr. Heinz Schauwecker, der Leiter der Untergruppe, betonte bei dem Einführungsakt im Festsaal des Verkehrsmuseums, daß diese Schulungskurse die zusammenhängenden Fragen des deutschen Ostens behandeln sollten, und wies auf die Aufgabe Frankens und Nürnbergs im Dienste der bayerischen Ostmark hin. In der Vortragsreihe behandelte Dr. Kurt Trampler in zwei größeren Vorträgen die wirtschaftliche Bedeutung der bayerischen Ostmark und die Bedeutung Bayerns und seiner Aufgaben im deutschen Grenzkampf. Lehrer Stocker-Oberried, der durch seine Ostmarkpropagandafahrten mit seinem Männerchor von Oberried in Bayern bekannt wurde, sprach über die Grenzarbeit des Lehrers in der bayerischen Ostmark. An die Vorträge schlossen sich Führungen durch das Gelände des Reichsparteitages, das Germanische Museum, Rathaus und Albrecht-Dürer-Haus sowie durch die schöne Altstadt Nürnbergs. Die Vorträge fanden mit einer ostdeutschen Weihestunde, in der literarische und musikalische Darbietungen und Dichtungen aus dem Bereiche des deutschen Ostens geboten wurden, ihren Abschluß.

6 v. H. Reichsschuldbuchforderungen.

Am 11. April 1934 wurden folgende unverbindliche Verkaufskurse genannt:

	I ungefähr	II ungefähr		I ungefähr	II ungefähr
1935	100	100	1940	95½	95
1936	100	100	1941	95	95
1937	99	98½	1942	94½	94½
1938	98	96½	1943/44	94½	94
1939	97	96½	1945/48	94	94

Wiederaufbauzuschläge ungefähr: 1944—48 = 56 v. H.

Aufbaukredit für Grenz- und Auslandsdeutsche G. m. b. H., Berlin W 30, Motzstraße 22.

Familiennachrichten.

Geburtstage: Rechtsanwalt und Notar Dr. Fritz Hartwig in Berlin NW 7, Neustädtische Kirchstr. 12, früher Posen-Stadt, am 4. 4. 60 J. (Dr. Hartwig war von 1904 bis zur Auflösung des Stadtparlaments in Posen Stadtverordneter und von 1907 bis 1913 in Posen Vorsitzender des Provinzial-Sänger-Bundes.)

Gestorben: Eigentümer Friedrich Haupt, Fürstenwalde-West, früher Thorn-Mocker, 80 J.; Landwirt Wilhelm Leider in Kegelsmühl bei Schneidemühl, fr. Grabau, Kr. Wirsitz, am 21. 3.

*

Gerichtsassessor Dr. Hellmut Frank hat sich als Rechtsanwalt in Bln.-Charlottenburg, Joachimsthaler Straße 6, niedergelassen; er ist der Sohn des Lehrers Reinhold Frank aus Schmiegel und gehörte im Jahre 1921 zu den ersten Abiturienten des neugegründeten Deutschen Realgymnasiums in Lissa i. P.

Verlag: Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30, Motzstraße 22 — Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postscheckkonto: Berlin 104723.
Verantwortl. für die Schriftl.: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G.m.b.H., Berlin SW. 68, Zimmerstr. 7/8 — D.A. I 7210.